Deutscher Bundestag **Drucksache 18/4238**

18. Wahlperiode 05.03.2015

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Renate Künast, Ulle Schauws, Kai Gehring, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 18/3909 –

Zu den Plänen der Bundesregierung für die NS-Aufarbeitung der Bundesressorts

Vorbemerkung der Fragesteller

Obwohl die zeitgeschichtliche Forschung die NS-Zeit sowie die sachlichen und personellen Kontinuitäten über diese Zeit hinaus bis in die Anfangsjahre der Bundesrepublik Deutschland untersucht hat und auch private Unternehmen und Institutionen ihre eigene Geschichte in vielen Fällen eigenständig wissenschaftlich aufgearbeitet haben, hinken die Ministerien und Behörden des Bundes auf diesem Gebiet immer noch weit zurück. Dies ist umso mehr zu bedauern, als diese Untersuchung einen Beitrag zur Aufklärung leisten kann, warum nationalsozialistisches Gedankengut weiterhin in der bundesdeutschen Gesellschaft wirkt.

Das Auswärtige Amt hat – initiiert vom damaligen Bundesminister des Auswärtigen, Joschka Fischer – mit seinem Forschungsprojekt und dessen Schlussbericht „Das Amt“ vor einigen Jahren damit begonnen, dieses Defizit abzubauen. Nur wenige Ministerien und Behörden des Bundes sind ihm gefolgt. So hatte im Jahr 2005 – initiiert von der damaligen Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Renate Künast – das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz eine Studie in Auftrag gegeben, die im Jahr 2011 veröffentlicht wurde (www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Ministerium/RolleReichsministeriumNSZeit.pdf?__blob=publicationFile). Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz ist mit dem sogenannten Rosenburg-Projekt und einer „Aufarbeiterkonferenz“ insoweit einer breiteren Öffentlichkeit bekannt geworden.

Wiederholt hat sich auch in der vergangenen Wahlperiode die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Kleinen Anfragen und Anträgen (Bundestagsdrucksache 17/3804, Bundestagsdrucksache 17/4586, Plenarprotokoll 17/86, S. 9709C bis D, Bundestagsdrucksache 17/3929, Bundestagsdrucksache 17/10068, Bundestagsdrucksache 17/12884) mit der Aufarbeitungsfrage auseinandergesetzt.

In seiner Plenarrede vor dem Deutschen Bundestag am 25. November 2014 kündigte der Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz, Heiko Maas, an, dass der Abschlussbericht des Rosenburg-Projekts gegen „Ende des kommenden Jahres“ vorliegen soll (Plenarprotokoll 18/68, S. 6453 (B)). Bereits heute zeichne sich ab, dass „die NS-Verstrickung der Nachkriegsjustiz und unseres Ministeriums […] noch weitaus tiefer [war], als bekannt“.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien vom 3. März 2015 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

1. Welche Bundesressorts und nachgeordneten oberen Bundesbehörden haben bislang Forschungsprojekte begonnen oder abgeschlossen, die die Historie der NS-Ressorts oder -Behörden beleuchten, die die Aufgaben und Zuständigkeiten der heutigen Bundesressorts und nachgeordneten oberen Bundesbehörden wahrgenommen haben (bitte mit Titel, Forschungsauftrag, verantwortlichen Forscherinnen und Forscher und Bearbeitungsstand auflisten)?

2. Welche dieser Forschungsprojekte erfassen auch die Zeit nach 1945 mit ihren personellen und sachlichen Kontinuitäten?

Die Fragen 1 und 2 werden gemeinsam beantwortet.

Folgende Bundesressorts und nachgeordnete Bundesbehörden haben bislang Forschungsprojekte begonnen oder abgeschlossen, die die Historie der NS-Ressorts oder -Behörden beleuchten, die Aufgaben und Zuständigkeiten der heutigen Bundesressorts und nachgeordneten Bundesbehörden wahrgenommen haben (in alphabetischer Reihenfolge):

Auswärtiges Amt (AA): Das AA beauftragte 2006 eine Unabhängige Historikerkommission (UHK) damit, die „Rolle des Auswärtigen Dienstes im ‚Dritten Reich' und des Umgangs mit dieser Vergangenheit nach Wiedergründung des Auswärtigen Amts 1951 sowie der Frage der personellen Kontinuität bzw. Diskontinuität nach 1945" aufzuarbeiten.

Verantwortliche Forscher: Prof. Dr. Eckart Conze (Marburg), Prof. Dr. Norbert Frei (Jena), Prof. Dr. Peter Hayes (USA; als Nachfolger des 2008 verstorbenen Prof. Henry Ashby Turner (USA)), Prof. Dr. Klaus Hildebrand (Bonn; ab 2008 nicht mehr aktiv eingebunden), Prof. Dr. Moshe Zimmermann (Israel).

Bearbeitungsstand: abgeschlossen

2010 erschien das Ergebnis der Arbeit unter dem Titel „Das Amt und die Vergangenheit – Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik", Herausgeber sind die Mitglieder der Historikerkommission.

Bundeskanzleramt/Bundesnachrichtendienst (BND): Der BND hat 2011 eine Unabhängige Historikerkommission (UHK) zur Erforschung der eigenen Entstehungs- und Frühgeschichte berufen. Dazu wurde mit der UHK am 15. Februar 2011 eine vertragliche Vereinbarung geschlossen. Das Forschungsprojekt lautet „Erforschung der Geschichte des BND, seiner Vorläuferorganisationen sowie seines Personal- und Wirkungsprofils von 1945 bis 1968 und des Umgangs mit dieser Vergangenheit" (vgl. auch Bundestagsdrucksache 18/2176, Nummer 2 der Vorbemerkung der Bundesregierung).

Verantwortliche Forscher: Mitglieder der UHK sind Prof. Dr. Jost Dülffer, Prof. Dr. Klaus-Dietmar Henke, Prof. Dr. Wolfgang Krieger und Prof. Dr. Rolf-Dieter Müller.

Bearbeitungsstand: laufend; Abschluss des Projektes ist für 2016 vorgesehen

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS): Das BMAS hat am 10. April 2013 eine unabhängige „Historikerkommission zur Aufarbeitung der Geschichte des Reichsarbeitsministeriums in der Zeit des Nationalsozialismus" eingesetzt. Neben der Aufarbeitung der NS-Geschichte soll die unabhängige Kommission auch personelle und sachliche Kontinuitäten untersuchen sowie mögliche Brüche und Zäsuren von der Weimarer Republik zur NS-Zeit und zur Nachkriegszeit der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Dabei soll die Institutionengeschichte zwar im Mittelpunkt stehen, aber auch mit einer Analyse der Arbeits- und Sozialpolitik des NS-Regimes eng verknüpft werden.

Verantwortliche Forscherinnen und Forscher: Der unabhängigen Historikerkommission gehören an: Prof. Dr. Elizabeth Harvey (Universität Nottingham), Prof. Dr. Rüdiger Hachtmann (Zentrum für zeithistorische Forschung Potsdam),

Prof. Dr. Sandrine Kott (Universität Genf), Prof. Dr. Kiran Klaus Patel (Universität Maastricht, zurzeit London School of Economics und Deutsches Historisches Institut London), Prof. Dr. Alexander Nützenadel (Humboldt-Universität Berlin, Sprecher der Kommission) und Prof. Dr. Michael Wildt (Humboldt-Universität Berlin).

Bearbeitungsstand: laufend

Das Projektteam hat seine Arbeit im Januar 2014 aufgenommen. Die Forschungsarbeiten befinden sich im vorgesehenen Zeitplan und sollen 2017 abgeschlossen werden.

BMAS – Bundessozialgericht (BSG): Das BSG wurde 1954 errichtet. Vor Geltung des Sozialgerichtsgesetzes (SGG) gab es für die heute der Sozialgerichtsbarkeit zugewiesenen Rechtsgebiete keine selbständigen Gerichte i. S. d. Artikels 92 GG. Als Vorläufer des Bundessozialgerichts wird vielfach das im Jahr 1884 als höchste Instanz für Angelegenheiten der Sozialversicherung errichtete Reichsversicherungsamt (RVA) angesehen. Ein Forschungsprojekt zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit dieses Amtes wurde vom Bundessozialgericht zwar nicht initiiert. Allerdings unterstützt das Bundessozialgericht das von der damaligen Generalbundesanwältin Prof. Dr. Harms und Altkanzler Helmut Schmidt initiierte und von Prof. Dr. Harms koordinierte Forschungsprojekt.

Das Projekt erfasst auch die Zeit nach 1945.

Verantwortlicher Forscher: Prof. Dr. Dr. Eichenhofer (Jena) hat die Aufgabe übernommen, die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts im ersten Jahrzehnt seines Bestehens zu untersuchen.

Bearbeitungsstand: laufend

BMAS – Bundesagentur für Arbeit (BA): Die Geschichte der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (RA) bzw. der „Arbeitsverwaltung“ (Ende 1938 wurde die bis dahin formal eigenständige RA aufgelöst und in das Reichsarbeitsministerium eingegliedert) in der NS-Zeit ist ein Schwerpunkt im Rahmen der Forschungen der vom BMAS berufenen unabhängigen Historikerkommission zur Aufarbeitung der Geschichte des Reichsarbeitsministeriums in der Zeit des Nationalsozialismus. Ein Teilprojekt widmet sich dabei speziell der RA, ein anderes Teilprojekt befasst sich mit dem Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz Fritz Sauckel bzw. dessen gleichnamiger Dienststelle.

Darüber hinaus gibt es eigene Forschungen der BA. Hier sind insbesondere folgende Veröffentlichungen von Dieter G. Maier zu nennen:

- Arbeitseinsatz und Deportation: Die Mitwirkung der Arbeitsverwaltung bei der nationalsozialistischen Judenverfolgung in den Jahren 1938–1945/von Dieter G. Maier. Berlin: Edition Hentrich, 1994 (Publikationen der Gedenkstätte Haus Wannsee-Konferenz; Band 4).
- Anfänge und Brüche der Arbeitsverwaltung bis 1952: Zugleich ein kaum bekanntes Kapitel der deutsch-jüdischen Geschichte/von Dieter G. Maier. Brühl: Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, 2004 (Schriftenreihe der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung; Band 43).
- 80 Jahre BA. Sonderbeilage in: Dialog – Die Zeitung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Agenturen für Arbeit und der Arbeitsgemeinschaften; 14 (2007) Nr. 6/Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.), 2007 (Redaktion: Dieter G. Maier).

Im Auftrag und finanziell gefördert von der BA ist 2003 eine umfassende Geschichte der deutschen Arbeitsverwaltung erschienen, erstellt von dem Histori-

ker Prof. Dr. Hans-Walther Schmuhl, die auch die NS-Zeit ausführlich behandelt:

- Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsverwaltung in Deutschland 1871–2002: Zwischen Fürsorge, Hoheit und Markt/von Hans-Walter Schmuhl. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, 2003 (Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; Band 270).

BMAS – Deutsche Rentenversicherung Bund (DRV Bund) und Deutsche Rentenversicherung Knappschaft Bahn See (DRV KBS): Das Forschungsnetzwerk Alterssicherung (FNA) der DRV fördert zurzeit das Projekt „Triage in der Tuberkulosebehandlung. Lungenheilstätten der Landesversicherungsanstalt Oldenburg-Bremen 1944 bis 1955“.

Das Projekt thematisiert ausdrücklich die Entwicklung in den letzten beiden Kriegs- und den ersten zehn Nachkriegsjahren.

Verantwortlicher Forscher: Dr. Alfred Fleßner (Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg).

Bearbeitungsstand: andauernd

Die Förderdauer hat am 1. Juli 2014 begonnen und endet am 30. September 2016.

Außerdem wird das FNA zwei weitere Forschungsprojekte zur Thematik „Rentenversicherungsträger in der Zeit des Nationalsozialismus“ fördern, die sich zurzeit in Vorbereitung befinden. 1) das Projekt „Alterssicherungssystem und Reichsversicherungsanstalt in der ‚Volksgemeinschaft‘. Die Geschichte der Rentenversicherung in der NS-Zeit“. Das Projekt wird eine voraussichtliche Laufzeit von 36 Monaten haben und von Prof. Dr. Paul Erker (Ludwig-Maximilians-Universität München) und PD Dr. Dierk Hoffmann (Institut für Zeitgeschichte, Berlin) durchgeführt werden; 2) das Projekt „Ermordung und pflegerische Vernachlässigung von Tuberkulose-Patienten in den Kliniken der gesetzlichen Rentenversicherung im Nationalsozialismus“. Das Projekt mit einer voraussichtlichen Laufzeit von 24 Monaten wird durchgeführt von PD Dr. Winfried Süß (Zentrum für Zeitgenössische Forschung, Potsdam).

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Titel des Forschungsprojektes ist „Vorgeschichte des Bundesministeriums für Bildung und Forschung bzw. seiner Vorgängerinstitutionen: Machbarkeitsstudie“. Ziel des Forschungsprojektes ist, mit Hilfe der Machbarkeitsstudie die Quellenverfügbarkeit zu prüfen sowie die der spezifischen Situation des BMBF Rechnung tragenden Fragen- und Aufgabenstellungen zu identifizieren und Perspektiven für weitere Untersuchungen aufzuzeigen. Dabei sollte die besondere Situation berücksichtigt werden, dass es für das 1955 zunächst als Ministerium für Atomfragen gegründete Bundesministerium keine direkte Vorgängerinstitution vor 1945 gab.

Die Machbarkeitsstudie zur Vorgeschichte des BMBF berücksichtigt den Zeitraum von 1955 (Gründung des Ministeriums für Atomfragen) bis 1972, um etwaige personelle und sonstige Kontinuitäten zur NS-Zeit zu untersuchen.

Verantwortlicher Forscher: Institut für Zeitgeschichte (IfZ)/Prof. Dr. Thomas Raithel

Bearbeitungsstand: abgeschlossen (seit Ende Januar 2015)

Das BMBF wird die Machbarkeitsstudie nun gemeinsam mit weiteren einschlägig ausgewiesenen Wissenschaftlern auswerten und daran anknüpfend die Entscheidung über die im Einzelnen zu bearbeitenden Fragestellungen des Vorhabens und dessen weitere Ausgestaltung treffen.

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL): Ein Auftrag (Juni 2005) mit dem Titel „Reichslandwirtschaftsministerium und Reichsnähr-

stand im Nationalsozialismus – Organisation und Institutionen der Agrarpolitik als Mittel der nationalsozialistischen Herrschaft, Kriterien zur Bewertung des Werdegangs von ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des BML/BMVEL und seines Geschäftsbereichs“ wurde im Juli 2005 wie folgt aufgeteilt:

Auftrag 1: Sachverständigengutachten „Rolle und Inhalt der Agrarpolitik und Agrarforschung von Vorgängerinstitutionen des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft“. Das Sachverständigengutachten vom 28. Februar 2006 wurde für eine Veröffentlichung überarbeitet. Das überarbeitete „Sachverständigengutachten zur Rolle des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft in der NS-Zeit“ wurde am 31. März 2011 übergeben.

Auftrag 2: „Entwicklung von Kriterien zur Bewertung der Ehrwürdigkeit von ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des BML/BMVEL und der Dienststellen seines Geschäftsbereichs im Hinblick auf die Zeit des Nationalsozialismus“. Hierbei ging es um die Bewertung der Lebensläufe von zum Zeitpunkt der Erteilung des Untersuchungsauftrages im Jahr 2005 noch lebenden ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bestimmter Geburtsjahrgänge des Bundesministeriums. Diese Untersuchung, beendet im November 2007, befasste sich nicht mit den „Vorgängern“ des Ministeriums oder seiner Geschäftsbereichsbehörden, sondern mit der Vergangenheit einzelner Personen, die erst nach 1945 im Ministerium beschäftigt waren.

Verantwortlicher Forscher: Die Untersuchungen wurden von Prof. Dr. Andreas Dornheim (Universität Bamberg) erstellt.

Bearbeitungsstand: abgeschlossen

Bundesministerium der Finanzen (BMF): Bei dem Projekt handelt es sich um die Einsetzung einer unabhängigen Historiker-Kommission zum Thema „Erforschung der Geschichte des Reichsfinanzministeriums in der NS-Zeit“. Es unterteilt sich in mehrere Teilprojekte.

Das Projekt stellt in Teilbereichen auch die Bezüge zu der Zeit nach 1945 mit personellen und sachlichen Kontinuitäten her.

Mitglieder der unabhängigen Historiker-Kommission sind Prof. Dr. Jane Caplan (Professor of Modern European History, University of Oxford), Prof. Dr. Ulrich Herbert (Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte, Albert-Ludwigs-Universität, Freiburg), Prof. Dr. Hans Günter Hockerts (Ludwig-Maximilians-Universität, München), Prof. Dr. Werner Plumpe (Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, Frankfurt a. M.). Prof. Dr. Adam Tooze (Professor of History, Yale University), Prof. Dr. Hans-Peter Ullmann (Lehrstuhl für Mittlere und Neuere Geschichte, Universität zu Köln), Prof. Dr. Patrick Wagner (Lehrstuhl für Zeitgeschichte, Martin-Luther-Universität, Halle-Wittenberg).

Mit der Durchführung der Teilprojekte wurden beauftragt: Dr. Ralf Banken, Ramona Bräu, Dr. Jürgen Kilian, Prof. Dr. Christiane Kuller, Dr. Stefanie Middendorf, Prof. Dr. Adam Tooze, Josephine Ulbricht.

Bearbeitungsstand: teilweise laufend/teilweise abgeschlossen

Die Teilprojekte befinden sich in unterschiedlichen Bearbeitungsständen. Ein erstes Teilprojekt ist mit der Veröffentlichung der Ergebnisse abgeschlossen. Mit der Veröffentlichung weiterer Teilergebnisse ist ab Ende 2015, Anfang 2016 zu rechnen.

Bundesministerium für Gesundheit (BMG): Das Robert Koch-Institut (RKI) hat ein Forschungsprojekt mit dem Titel „Die Geschichte des RKI im Nationalsozialismus“ durchgeführt. Schwerpunkt und Forschungsauftrag des Projektes

war neben der Instituts- und Forschungsgeschichte des RKI in dieser Zeit die Beteiligung von Mitarbeitern des RKI an Menschenversuchen.

Das Projekt des RKI erfasst, wenn auch nicht schwerpunktmäßig und systematisch, auch die personellen Kontinuitäten nach 1945.

Verantwortliche Forscherinnen: Dr. Annette Hinz-Wessels, Dr. Marion Hulverscheidt und Dr. Anja Laukötter (Institut für die Geschichte der Medizin an der Charité, Universitätsmedizin Berlin).

Bearbeitungsstand: abgeschlossen

Das zweijährige Forschungsprojekt wurde von 2006 bis 2008 durchgeführt.

Bundesministerium des Innern (BMI): Das Forschungsprojekt des BMI zur „Aufarbeitung der Nachkriegsgeschichte des BMI und des MdI bzgl. möglicher personeller und sachlicher Kontinuitäten zur NS-Zeit“ legt den Fokus auf eine Aufarbeitung der Nachkriegsvergangenheit des BMI und des Ministeriums des Innern der DDR. Im Sinne der Fragestellung wird das Reichsministerium des Innern teilweise mitbetrachtet werden. Forschungsauftrag ist die Erstellung einer Vorstudie zur „Aufarbeitung der Nachkriegsgeschichte des BMI und des MdI bzgl. möglicher personeller und sachlicher Kontinuitäten zur NS-Zeit“.

Das Forschungsprojekt legt den Fokus auf die Zeit nach 1945 und eventuelle personelle und sachliche Kontinuitäten zur NS-Zeit.

Verantwortliche Forscher: Prof. Dr. Frank Bösch (Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam), Prof. Dr. Andreas Wirsching (Institut für Zeitgeschichte München – Berlin).

Bearbeitungsstand: laufend

BMI – Statistisches Bundesamt: Titel des Projektes ist „Bevölkerungsstatistik im Dritten Reich“, Forschungsauftrag ist ein wissenschaftlicher Aufsatz zur Bevölkerungsstatistik im Dritten Reich.

Verantwortliche Forscherin: Jutta Wietog M. A.

Bearbeitungsstand: abgeschlossen

BMI – Bundeskriminalamt (BKA): Titel des Projektes ist „Aufarbeitung der Geschichte des BKA“, der Forschungsauftrag lautet: In welcher Weise, wodurch und wie lange ist die Geschichte des BKA in Hinblick auf Organisation und Organisationskultur geprägt von NS-Traditionslinien?

Das Forschungsprojekt des BKA legt den Fokus auf die Zeit nach 1945 und erfasst auch die Frage nach personellen und sachlichen Kontinuitäten zur NS-Zeit.

Verantwortliche Forscher: Prof. Dr. Patrick Wagner, Dr. Imanuel Baumann, Herbert Reinke, Andrej Stephan.

Bearbeitungsstand: abgeschlossen

BMI – Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK): Titel des Projektes ist „Die Fachzeitschrift ‚Gasschutz und Luftschutz‘ unter dem Einfluss des Nationalsozialismus“, der Forschungsauftrag ist eine wissenschaftliche Ausarbeitung zur Zeitschrift „Gasschutz und Luftschutz“ unter dem Einfluss des Nationalsozialismus.

Die Erforschung der personellen und sachlichen Kontinuitäten nach 1945 sind von Forschungsvorhaben des BBK nicht umfasst (siehe Antwort zu Frage 3).

Verantwortlicher Forscher: Dr. Andreas Linhardt.

Bearbeitungsstand: abgeschlossen

BMI – Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV): Es handelt sich hier um ein Forschungsvorhaben zur Organisationsgeschichte des BfV von 1950 bis 1975, unter

besonderer Berücksichtigung der NS-Bezüge früherer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Gründungsphase.

Das Forschungsprojekt legt den Fokus auf die Zeit nach 1945 und erfasst auch die Frage nach personellen und sachlichen Kontinuitäten.

Verantwortliche Forscher: Prof. Dr. Constantin Goschler, Prof. Dr. Michael Wala.

Bearbeitungsstand: abgeschlossen

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV): Im damaligen Bundesministerium der Justiz wurde am 11. Januar 2012 eine Unabhängige Wissenschaftliche Kommission zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit eingesetzt. Im Rahmen des Rosenburg-Projekts soll diese eine Untersuchung der personellen und fachlich-politischen Kontinuitäten des nationalsozialistischen Deutschlands im Regierungshandeln des Bundesjustizministeriums in der Nachkriegszeit – der Zeit der „Rosenburg“, dem ersten Amtssitz des Bundesjustizministeriums in Bonn – durchführen und auf der Grundlage der vorhandenen Akten und anderer Primärquellen ein Gesamtbild erstellen.

Hinsichtlich früherer vom damaligen BMJ veranlasster Maßnahmen zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit darf im Übrigen auf die Antwort der Bundesregierung zu den Fragen 4 und 30 der Großen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. „Umgang mit der NS-Vergangenheit“ (Bundestagsdrucksache 17/8134) verwiesen werden.

Die deutsche Justiz im Nationalsozialismus zählt zu den am besten erforschten Bereichen der Zeitgeschichte. Das Rosenburg-Projekt befasst sich deshalb ausschließlich mit der Zeit nach 1945, da insoweit Forschungsdefizite bestehen, weil Quellen, die diesen Zeitraum betreffen, vielfach nicht erforscht oder nur am Rande in den Blick genommen worden sind.

Verantwortliche Forscherinnen und Forscher: Die Unabhängige Wissenschaftliche Kommission zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit wird von den Professoren Manfred Görtemaker (Zeithistoriker, Universität Potsdam) und Christoph Safferling (Strafrechtslehrer, Universität Marburg) geleitet. Ihr gehören weitere Hochschullehrer und eine Hochschullehrerin (Prof. Eva Schumann, Universität Göttingen; Prof. Jan Thiessen, Universität Tübingen; Prof. Martin Will, EBS Law School Wiesbaden) sowie wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an.

Bearbeitungsstand: laufend

Die Arbeiten sollen Ende 2015/Anfang 2016 abgeschlossen werden.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB): Das BMUB wurde im Jahr 1986 gegründet. Dabei wurden die Zuständigkeiten des Bundes für den Umweltschutz, den Naturschutz, die Reaktorsicherheit und den Strahlenschutz aus verschiedenen Bundesressorts zusammengeführt. Im Dezember 2013 wurden zudem die Zuständigkeiten für Stadtentwicklung, Wohnen, Bauwesen und Bauwirtschaft in das damalige BMU überführt.

Die meisten Aufgaben und Zuständigkeiten des BMUB haben sich erst nach 1945 entwickelt. Die NS-Aufarbeitung konzentriert sich daher auf die Bundesoberbehörden im Geschäftsbereich des BMUB: das Bundesamt für Naturschutz (BfN), das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), das Umweltbundesamt (UBA) sowie das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) mit seinem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR).

BMUB – Umweltbundesamt (UBA): Das UBA wurde im Jahr 1974 als Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des BMI errichtet. Mit dieser Gründung

reagierte die Bundesregierung auf das seit Mitte der 1960er-Jahre zunehmende ökologische Problembewusstsein. Als „Geburtsstunde“ eines expliziten Umweltschutzgedankens wird oft die Veröffentlichung des Buches „Silent Spring“ von Rachel Carson im Jahr 1962 betrachtet. Der Begriff „Umweltschutz“ findet in Deutschland etwa seit 1970 Verwendung. Das Umweltbundesamt blickt daher nicht auf institutionelle Vorläufer aus der NS-Zeit zurück.

Allerdings wurde bei der Auflösung des Bundesgesundheitsamtes eines seiner Teilinstitute, das Institut für Wasser-, Boden- und Lufthygiene (WaBoLu), im Jahr 1994 in das UBA integriert. Das WaBoLu seinerseits blickt auf eine mehr als 100-jährige Geschichte zurück: Seine Gründung datiert im Jahr 1901, damals als Königliche Versuchs- und Prüfungsanstalt für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, aus der später nach mehreren Namensänderungen und Funktionserweiterungen das WaBoLu hervorging. 1939 unterstellte die Reichsregierung das WaBoLu dem Reichsgesundheitsamt. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs wurde das WaBoLu im Jahr 1952 bis zu dessen Auflösung 1994 Teil des Bundesgesundheitsamtes im Geschäftsbereich des BMG. Mit Blick auf die Tätigkeit des WaBoLu in den Jahren 1933 bis 1945 besteht daher grundsätzlich Aufklärungsbedarf, für den gleichermaßen das Umweltressort, in das das ehemalige WaBoLu aufgegangen ist, wie das Gesundheitsressort, dem das WaBoLu in der fraglichen Zeit angehörte, zuständig sind.

Die vorliegenden Veröffentlichungen zur Geschichte des WaBoLu bis Anfang der 1980er-Jahre geben durch die Art der Darstellung der institutionellen Geschichte während der NS-Zeit Anlass zu der Vermutung, dass bis zu diesem Zeitpunkt keine einschlägige historische Forschung stattgefunden hat oder von den Verantwortlichen jedenfalls nicht zur Kenntnis genommen wurde:

- Naumann, E. 1961: 60 Jahre Institut für Wasser-, Boden- und Lufthygiene, Stuttgart
- Bundesgesundheitsamt (BGA) 1983 (Hrsg.): BGA. Über ein Jahrhundert im Dienste der Gesundheit. Aus Anlass der Einweihung des Instituts für Arzneimittel 1983, Berlin.

Spätere wissenschaftliche Veröffentlichungen thematisieren die Rolle der damaligen Reichsanstalt für Wasser- und Luftgüte in der NS-Zeit explizit und kritisch:

- Hüntelmann, A 2007: Biopolitische Netzwerke. Die interpersonellen und interinstitutionellen Verbindungen zwischen dem Institut für Infektionskrankheiten und dem Reichsgesundheitsamt vor 1935, in: Abstracts der Vorträge zum Workshop „Das Robert Koch-Institut im Nationalsozialismus, eine wissenschaftshistorische Bestandsaufnahme“, www.rki.de/DE/Content/Institut/Geschichte/Dokumente/Abstracts_html.html (abgerufen am 12. Februar 2015)
- Hulverscheidt, Marion/Anja Laukötter 2009: Infektion und Institution: Zur Wissenschaftsgeschichte des Robert Koch-Instituts im Nationalsozialismus
- Pohl, N 2005: Die Preußische Landesanstalt für Wasser-, Boden- und Lufthygiene („WaBoLu“) und die Absicherung des Inhumanen, in: Judith Hahn u. a. (Hrsg.): Medizin im Nationalsozialismus und das System der Konzentrationslager. Beiträge eines interdisziplinären Symposiums, Frankfurt, S. 188–208.

Weitere Ausführung zum WaBoLu finden sich in:

- Bundesarchiv 1984: Reichsanstalt für Wasser- und Luftgüte. R 154, 1882 bis 1962, bearbeitet von Ute Dillenberger

- Bundesgesundheitsamt (BGA) 1983 (Hrsg.): BGA. Über ein Jahrhundert im Dienste der Gesundheit. Aus Anlass der Einweihung des Instituts für Arzneimittel 1983, Berlin
- Umweltbundesamt (UBA) 2014 (Hrsg.): 1974–2014. 40 Jahre Umweltbundesamt, bearb. von Thomas Forstner, Matthias Georgi u. a., Dessau
- WaBoLu 1986 (Hrsg.): 85 Jahre WA Bo LU. 85 Jahre Bibliothek, Reihe WaBoLu-Hefte 1/986, Berlin.

BMUB – Bundesamt für Naturschutz (BfN): Das BfN hat bislang folgende Forschungsprojekte durchgeführt, die u. a. die Historie der Behörde bzw. seiner Vorläufereinrichtungen in der NS-Zeit beleuchten:

- FuE-Vorhaben „Fachkongress ‚Naturschutz und Nationalsozialismus'" (2001 bis 2002).

Verantwortliche Forscher: Stiftung Naturschutzgeschichte, Königswinter, in Kooperation mit der Universität Bielefeld, Fakultät für Geschichtswissenschaft und Philosophie (Prof. Dr. Joachim Radkau, Dr. Frank Uekötter).

Bearbeitungsstand: abgeschlossen

Internationaler Kongress 2002; Publikation: Joachim Radkau & Frank Uekötter (Hrsg.) (2003): Naturschutz und Nationalsozialismus. (Geschichte des Natur- und Umweltschutzes, Bd. 1): Frankfurt/Main, Campus-Verlag. 487 S.

- FuE-Vorhaben „100 Jahre amtlicher Naturschutz" (2004 bis 2006).

Verantwortliche Forscher: Stiftung Naturschutzgeschichte, Königswinter (Dr. Hans-Werner Frohn), in Zusammenarbeit mit der Universität Tübingen (PD Dr. Friedemann Schmoll).

Bearbeitungsstand: abgeschlossen

Publikation: Hans-Werner Frohn & Friedemann Schmoll (Hrsg.) (2006): Natur und Staat. Staatlicher Naturschutz in Deutschland 1906–2006. (Naturschutz und Biologische Vielfalt 35): Münster 2006, 736 S.

- Verbändeprojekt „Wanderausstellung ‚100 Jahre amtlicher Naturschutz'" (2005 bis 2007).

Verantwortlicher Forscher: Stiftung Naturschutzgeschichte, Königswinter (Dr. Hans-Werner Frohn).

Bearbeitungsstand: abgeschlossen

Die Ausstellung ist im Anschluss an die Feierlichkeiten zu „100 Jahre staatlicher Naturschutz" im Rahmen des 28. Deutschen Naturschutztages (DNT) vom 30. Mai bis zum 3. Juni 2006 im Internationalen Kongresszentrum Bundeshaus Bonn über mehrere Jahre in verschiedenen Einrichtungen des Naturschutzes in Deutschland (Akademien sowie Bildungs- und Informationszentren des Naturschutzes) gezeigt worden.

- FuE-Vorhaben „Workshop ‚Naturschutz und Demokratie!? Zur Entwicklung von Naturschutz und Landschaftsplanung im Deutschland im 20. Jahrhundert – unter besonderer Berücksichtigung der Zeit des Nationalsozialismus und der Entwicklung in zwei deutschen Staaten nach 1945'" (2004 bis 2005).

Verantwortliche Forscher: Arbeitsgemeinschaft von Stiftung Naturschutzgeschichte/Leibniz-Universität Hannover, Zentrum für Gartenkunst und Landschaftsarchitektur/Hochschule der Künste Berlin, Institut für Geschichte und Theorie der Gestaltung; Verantwortlich: Prof. Dr. Joachim Wolkschke-Bulmahn/ Prof. Dr. Gert Gröning.

Bearbeitungsstand: abgeschlossen

Publikation: Gert Gröning & Joachim Wolschke-Bulmahn (Hrsg.) (2006): Naturschutz und Demokratie!? (CGL-Studies 3). München (Martin Meidenbauer), 320 S.

BMUB – Bundesamt für Strahlenschutz (BfS): Das BfS ist mit dem Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM) seit 1990 Betreiber einer Anlage, in der während des Nationalsozialismus Häftlinge des Konzentrationslagers Helmstedt-Beendorf zur Zwangsarbeit bei der Rüstungsproduktion eingesetzt wurden. Es liegt in der Verantwortung des BfS, als Betreiber der Anlage diesen wichtigen Teil der Geschichte aufzuarbeiten, der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und den Opfern ein ehrendes Andenken zu bewahren.

Die Zeitphase wird in einer im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit derzeit in Erarbeitung befindlichen Ausstellung über die Geschichte des Endlagers Morsleben (1897 bis heute) beleuchtet. Zur Nutzung des heutigen Endlagers im Nationalsozialismus liegt eine im Rahmen einer Dissertation erfolgte Aufarbeitung vor:

- Kooger, B., 2004: Rüstung unter Tage: Die Untertageverlagerung von Rüstungsbetrieben und der Einsatz von KZ-Häftlingen in Beendorf und Morsleben. Berlin.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit wurde eine Historikerin damit beauftragt, auf dieser Basis die nationalsozialistische Vergangenheit der Anlage für eine Dauerausstellung aufzuarbeiten: „Entwicklung einer Ausstellung über die Geschichte des ‚Endlagers für Radioaktive Abfälle Morsleben'. Nutzung der Schachtanlage ‚Marie' und ‚Bartensleben' in der Zeit des Nationalsozialismus 1937 bis 1945".

Verantwortliche Forscherin: graphische werkstätten gbr, Frau Nina Holsten.

Bearbeitungsstand: in Fertigstellung

BMUB – Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR): Die Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (BfLR) und die Bundesbaudirektion (BBD) haben im Jahr 1997 aus Anlass ihrer bevorstehenden Fusion zum BBR im Rahmen eines Forschungsprojekts die unabhängige Akademie für wissenschaftliche Dokumentation Berlin mit der Aufarbeitung ihrer Behörden und ihrer jeweiligen Vorgänger-Institutionen beauftragt. Dabei sollte explizit auch die Arbeit beider Behörden während der nationalsozialistischen Zeit erforscht werden. Es konnten die personelle, institutionelle und inhaltliche Verstrickung der reichsdeutschen Raumordnung und Bauverwaltung in nationalsozialistische Verbrechen aus den Quellen belegt werden.

Die Aufarbeitungen erfassen mit der Verurteilung der Täter nach 1945 und dem Gedenken an die Opfer auch die Zeit nach 1945. Die personellen sowie sachlichen Kontinuitäten nach 1945 wurden aufgezeigt.

Verantwortliche Forscher: Akademie für wissenschaftliche Dokumentation Berlin und von ihr beauftragte Historiker.

Bearbeitungsstand: abgeschlossen

Der umfangreiche Forschungsbericht wurde 2004 von der Akademie vorgelegt und zunächst intern als Manuskript verbreitet. 2007 erschien sie dann ohne Änderungen 2007 als reich bebilderte Publikation unter dem Titel:

- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR; Hrsg.) 2007: Chronik Bau und Raum – Geschichte und Vorgeschichte des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung. 485 Seiten mit 517 meist farbigen Abbildungen. ISBN 978-3-8030-0667-7.

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI): Das BMVI hat folgende Projekte finanziell unterstützt, die die Historie der Behörde, des Ge-

schäftsbereichs bzw. seiner Vorläufereinrichtungen in der NS-Zeit zum Thema haben:

- Veröffentlichung einer umfassenden Dokumentation des Autors Alfred Gottwaldt zum Widerstand von Mitarbeitern der Deutschen Reichsbahn gegen das NS-Regime. Das Buch „Eisenbahner gegen Hitler“ wurde 2009 veröffentlicht.
- Forschungsgutachten zur antijüdischen Politik des Reichsverkehrsministeriums zwischen 1933 und 1945. Die Autoren Alfred Gottwaldt und Diana Schulte haben das Buch „Juden ist die Benutzung von Speisewagen untersagt“ im Jahr 2007 veröffentlicht.
- Das BMVI unterstützt das Anliegen des Vereins „Zug der Erinnerung“ und hat diesen wiederholt finanziell gefördert. Die Aufarbeitung der Eisenbahngeschichte während des Nationalsozialismus ist dem BMVI wichtig, deswegen wurden diverse Forschungsarbeiten gefördert.

Bundesministerium der Verteidigung (BMVg): Das BMVg verfügt mit dem Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw; bis 2012 Militärgeschichtliches Forschungsamt, MGFA) über eine wissenschaftlich unabhängige Ressortforschungseinrichtung, zu deren Auftrag die Untersuchung der Vorgeschichte des eigenen Ressorts in der Zeit des Nationalsozialismus gehört. Das ZMSBw und das 1957 gegründete MGFA haben in den vergangenen Jahrzehnten für die nationale und internationale Forschung wegweisende Ergebnisse vorgelegt und damit maßgeblich zur Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit und zur Untersuchung der Vorgeschichte des BMVg und der Bundeswehr beigetragen.

Für eine detaillierte Aufstellung der einschlägigen Publikationen des ZMSBw und des MGFA wird auf Anlage 1 verwiesen. Darüber hinaus wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 20 der Kleinen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 23. November 2010 auf Bundestagsdrucksache 17/4344 verwiesen.

Die in der Anlage enthaltenen Publikationen erfassen auch die Zeit nach 1945 oder sind – wegen der personellen und sachlichen Kontinuitäten – für eine Betrachtung der Zeit nach 1945 relevant. Eine genaue Abgrenzung ist in dieser Hinsicht nicht möglich.

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi): Titel des Forschungsprojektes ist „Geschichte des BMWi und seiner Vorläufer von 1917 bis 1990“. Sein Ziel ist eine wirtschaftshistorische Aufarbeitung, die einen umfassenden Einblick in Funktion und Wirkungsweise des Ressorts im geschichtlichen Zeitablauf ermöglicht. Das Projekt umfasst folgende Abschnitte:

1. Gründungsgeschichte des Reichswirtschaftsamts 1917 bis Ende Weimarer Republik
2. 1933 bis 1945 Nationalsozialistische Diktatur
3. 1945 bis 1990/Wiedervereinigung – Westdeutschland
4. 1945 bis 1990/Wiedervereinigung – Parallelstrukturen in Ostdeutschland.

Das Projekt erfasst auch die Zeit nach 1945 mit ihren personellen und sachlichen Kontinuitäten für West und für Ostdeutschland.

Verantwortliche Forscherinnen und Forscher: Mitglieder der Unabhängigen Geschichtskommission sind Prof. Ritschl (Sprecher der Kommission, London School of Economics, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim BMWi), Prof. Abelshauser (Universität Bielefeld), Prof. Fisch (Deutsche Hochschule f. Verwaltungswissenschaften, Speyer), Prof. Holtfrerich (Freie Universität, Berlin), Prof. Hoffmann (Institut für Zeitgeschichte, Potsdam), Dr. Hollmann

(Präsident des Bundesarchivs). Die Mitglieder der Geschichtskommission haben weitere Historiker als Autoren verpflichtet.

Bearbeitungsstand: laufend

Mit der Veröffentlichung der Ergebnisse in Buchform (4 Bände) ist ab Ende 2015/Anfang 2016 zu rechnen.

BMWi – Bundesamt für Materialforschung und -prüfung (BAM): 2013 wurde eine Vorstudie (Quellenexploration) mit dem Titel „Vorstudie für eine historische Darstellung der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM)“ zur Geschichte der BAM in Auftrag gegeben, die auch die NS-Vergangenheit umfasst.

Verantwortlicher Forscher: PD Dr. Günther Luxbacher, Technische Universität Berlin.

Bearbeitungsstand: laufend

Die Erteilung eines Auftrags für eine historische Darstellung der „Geschichte der BAM“ steht noch aus.

BMWi – Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB): Es existiert eine einschlägige Publikation zum Thema:

- Dr. Ulrich Kern: „Forschung und Präzisionsmessung. Die Physikalisch-Technische Reichsanstalt zwischen 1918 und 1948“ (darin die Kapitel 6 und 7); VCH Verlagsgesellschaft (Weinheim 1994), ISBN 0934-5590.

2013 wurde die „Erstellung einer Studie, in der die Geschichte der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt (PTR) im Dritten Reich systematisch untersucht und wissenschaftlich aufgearbeitet wird“ beauftragt.

Das Buch von Dr. Kern sowie die in Arbeit befindliche Studie durch Prof. Hoffmann betrachten auch die Zeit nach 1945 (Gründungsphase der PTB).

Verantwortliche Forscherinnen und Forscher: Prof. Dr. Dieter Hoffmann, Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte, Berlin.

Bearbeitungsstand: laufend

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM): Die Geschichte des Kulturressorts wird durch die Forschungsarbeiten des BMI, aus dem BKM (ehemals Abteilung K im BMI) im Jahr 1998 hervorgegangen ist, teilweise miterforscht.

Zudem existieren bereits einschlägige Publikationen zur Kulturpolitik und den für Kultur zuständigen Behörden während des Nationalsozialismus, so z. B.:

- Hildegard Brenner, Die Kunstpolitik des Nationalsozialismus, Reinbek bei Hamburg, 1963
- Uwe Julius Faustmann, Die Reichskulturkammer. Aufbau, Funktion und rechtliche Grundlagen einer Körperschaft des öffentlichen Rechts im nationalsozialistischen Regime. Inaugural-Dissertation zur Erlangung des Grades eines Doktors der Rechte, Bonn 1990
- Alan E. Steinweis, Art, Ideology, and Economics in Nazi Germany: The Reich Chambers of Music, Theater, and the Visual Arts, Chapel Hill, North Carolina, 1993
- Bärbel Schrader, „Jederzeit widerruflich“. Die Reichskulturkammer und die Sondergenehmigungen in Theater und Film des NS-Staates, Berlin 2008.

BKM – Deutsche Nationalbibliothek (DNB): Im Jahr 2014 wurden zwei Gutachten zur Aufarbeitung ihrer Geschichte in zwei Diktaturen beauftragt. Es handelt sich um

- ein Projekt zur „Geschichte der Deutschen Bücherei in der Zeit des Nationalsozialismus“.

Verantwortlicher Forscher: Betreuung durch Prof. Dr. Michael Wildt, Humboldt-Universität zu Berlin.

Bearbeitungsstand: laufend

Eine Vorstudie von Dr. Sören Flachowsky vom 28. Februar 2014 liegt bereits vor. Die Forschungsarbeiten sollen bis zum 31. Mai 2017 abgeschlossen sein, eine Veröffentlichung der Ergebnisse soll bis zu diesem Zeitpunkt erfolgen. Jährliche Zwischenberichte sind vorgesehen, der erste erscheint in der Publikation der DNB „Dialog mit Bibliotheken“, Heft 1/2015, und wird ein halbes Jahr später Open Access in das Internet gestellt.

- ein Projekt „Die Deutsche Bücherei Leipzig 1945–1990. Eine Institutionengeschichte unter besonderer Berücksichtigung der Beziehungen zur Deutschen Bibliothek Frankfurt am Main: Personen und Institutionen“.

Verantwortliche Forscherinnen und Forscher: Betreuung durch Prof. Dr. Hermann Wentker, Institut für Zeitgeschichte (IfZ), Standort Berlin.

Bearbeitungsstand: laufend

Eine Konzeption des IfZ vom 28. März 2014 liegt vor. Die Forschungsarbeiten begannen am 1. Juli 2014 und sollen innerhalb von zwei Jahren abgeschlossen sein; eine Verlängerung um ein weiteres Jahr ist im gegenseitigen Einvernehmen möglich. Die Ergebnisse sollen im Folgejahr veröffentlicht werden. Ein Zwischenbericht ist für den Sommer 2015 vorgesehen. Er ist für die Publikation der DNB „Dialog mit Bibliotheken“, Heft 2/2015 geplant, und wird wiederum ein halbes Jahr später Open Access in das Internet gestellt.

BKM – Bundesarchiv (BA): Das BA hat das Zentrum für zeithistorische Forschung in Potsdam (ZZF) im Dezember 2014 mit einer Vorstudie/Machbarkeitsstudie zur „NS-Geschichte des Reichsarchivs und des Umgangs mit ihr im Bundesarchiv und im Zentralen Staatsarchiv der DDR“ beauftragt. Eine Veröffentlichung der Studie ist vorgesehen. Eine anschließende Hauptstudie ist ins Auge gefasst.

Verantwortlicher Forscher: Betreuung durch Prof. Dr. Martin Sabrow, Bearbeiter ist Dr. Peter Ulrich Weiß.

Bearbeitungsstand: laufend (Laufzeit 1. Januar 2015 bis 30. Juni 2015).

3. Falls die Erforschung jener Kontinuitäten nicht Bestandteil von begonnenen oder abgeschlossenen Forschungsprojekten der Bundesressorts und nachgeordneten oberen Bundesbehörden war bzw. ist, welche Erwägungen sprachen bei den einzelnen Projekten dagegen, sie einzubeziehen?

BMI – Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK): Die Vorgängerbehörde des BBK (Bundesanstalt für zivilen Luftschutz) ist 1954 aus einer 1952 entstandenen Abteilung des BMI hervorgegangen. Daher scheint es sinnvoll, vor einem eigenen Projekt zunächst die geplante Aufarbeitung des BMI (vgl. hierzu Antwort zu Frage 1) abzuwarten, um Redundanzen zu vermeiden.

4. Welche Haushaltsmittel sind für diese Forschungsprojekte von den Bundesressorts aufgewendet oder beantragt worden?

Bundesressort/ nachgeordnete Bundesoberbehörde	**Betrag in Euro**	**Bemerkung**
AA	1.103.899	
BKAmt / BND	rd. 2.000.000	
BMAS	1.682.343	
BMBF	59.292	Machbarkeitsstudie
BMEL	56.945	
BMF	rd. 1.100.000	
BMG	120.000	
BMJV	rd. 1.100.000 229.000 100.000	2012-2014 vorgesehen für 2015 vorgesehen für 2016
BMUB / BfN	511.995	verteilt auf vier Projekte
BMUB / BfS	38.000	
BMVg	Wegen des Umfangs (siehe Anlage) nicht bezifferbar.	
BMWi	3.900.000	
BMWi / PTB	50.000	
BMI	1.200.000 700.000	bereits bewilligt für 2016 beantragt
BMI / BKA	322.000	
BMI / BfV	259.637	
BMI / BBK	8.000	
BKM	516.500	
BKM / BA	60.000	

5. Auf welche Weise wird bzw. wurde bei den begonnenen oder abgeschlossenen Forschungsprojekte der Bundesressorts und nachgeordneten oberen Bundesbehörden die wissenschaftliche Unabhängigkeit der Forscherinnen und Forscher bzw. Forschungsinstitutionen sichergestellt?

Die Bundesressorts und nachgeordneten Bundesoberbehörden lassen den beauftragten Forschungseinrichtungen grundsätzlich jede mögliche Unterstützung zukommen, enthalten sich aber strikt einer inhaltlichen Einflussnahme auf ihre Arbeit.

Die wissenschaftliche Unabhängigkeit der Forscherinnen und Forscher bzw. Forschungsinstitutionen wird bzw. wurde dabei in einem ersten Schritt bereits dadurch sichergestellt, dass die Forschungsvorhaben an externe und weisungsunabhängige Forscherinnen und Forscher bzw. Forschungsteams und -institutionen vergeben werden, die bei der Auswahl der Fragestellungen und Zielsetzungen im Einzelnen sowie bei ihrer Arbeitsweise allein wissenschaftlichen Prinzipien verpflichtet sind. Dies wurde teilweise auch ausdrücklich vertraglich vereinbart oder ist Bestandteil allgemeiner Dienstvorschriften (z. B. Zentrale Dienstvorschrift A-2713/2 des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr). Darüber hinaus werden bzw. wurden zum Teil fachliche bzw. wissenschaftliche Beiräte bzw. (international besetzte) historische Kommissionen eingesetzt, die die Forschungsprojekte begleiten. Nicht zuletzt stellt zudem die Gewährleistung des uneingeschränkten Zugangs zu Akten einen wesentlichen Aspekt der Sicherstellung wissenschaftlicher Unabhängigkeit dar (siehe dazu im Einzelnen die Antwort zu Frage 6). Schließlich erfolgt auch die Veröffentlichung der Forschungsarbeiten und -ergebnisse ggf. unmittelbar durch die Forscherinnen und Forscher bzw. Forschungsinstitutionen selbst.

6. Haben die Forscherinnen und Forscher bzw. Forschungsinstitutionen jeweils (bitte auflisten) uneingeschränkten Zugang zu den einschlägigen Sach- und Personalakten?

   Bestehen hier Restriktionen?

   Wenn ja, welche, und warum?

Die Forscherinnen und Forscher bzw. Forschungsinstitutionen haben im Rahmen des verfügbaren Aktenmaterials (im Zuständigkeitsbereich des BMWi wurden nach 1945 z. T. Akten als Beutegut in das Moskauer Staatsarchiv überführt; hier nur eingeschränkter Zugang) uneingeschränkten Zugang zu den einschlägigen Sach- und Personalakten. Einschränkungen – insbesondere hinsichtlich des Zugangs zu Personalakten – können sich allenfalls aus geltenden Rechtsvorschriften ergeben, die selbstverständlich für alle Ressorts und Behörden bindend sind. Spezifische Restriktionen des Zugangs zum verfügbaren Aktenmaterial bestehen darüber hinaus nicht. Dies gilt für alle Bundesressorts und nachgeordneten Bundesoberbehörden gleichermaßen.

7. Welche Bundesressorts und nachgeordneten oberen Bundesbehörden haben bislang keine Forschungsprojekte begonnen oder abgeschlossen, die die Historie der NS-Ressorts oder -Behörden beleuchten, die die Aufgaben und Zuständigkeiten der heutigen Bundesressorts und nachgeordneten oberen Bundesbehörden wahrgenommen haben, und aus welchen Gründen (bitte auflisten)?

8. Haben die in der Antwort zu Frage 7 benannten Bundesressorts zumindest Planungen bezüglich solcher Forschungsprojekte?

Die Fragen 7 und 8 werden gemeinsam beantwortet.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, seine nachgeordneten Behörden sowie das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung haben bislang keine Forschungsprojekte begonnen oder abgeschlossen und planen derzeit auch für die Zukunft keine solchen Projekte. Dies beruht auf der Tatsache, dass diese Ministerien erst in der Bundesrepublik Deutschland errichtet wurden – das Politikfeld der Entwicklungspolitik existierte in der NS-Zeit zudem noch gar nicht – und dementsprechend kein Bedarf zur Erforschung einer NS-Vergangenheit besteht.

Gleiches gilt für die Bundesoberbehörden im nachgeordneten Bereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, die erst nach 1945 gegründet wurden und keiner historischen Kontinuität zur NS-Zeit unterliegen: Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA 1954), Bundeskartellamt (1958) und Bundesnetzagentur (1998). Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) wartet die Ergebnisse der BMWi-Geschichtskommission ab, die punktuell die Geschichte des BGR mit aufnehmen wird, und entscheidet dann, ob darüber hinaus noch Forschungsbedarf besteht.

9. Wie stellt die Bundesregierung die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD getroffene Vereinbarung, „die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit von Ministerien und Bundesbehörden voranzutreiben“, sicher?

10. Welche konkreten Schritte der Umsetzung sind in dieser Legislaturperiode bereits erfolgt?

11. Welche Institution der Bundesregierung koordiniert die Einhaltung dieser Vereinbarung sowie die einzelnen Forschungsprojekte der Bundesressorts und nachgeordneten oberen Bundesbehörden?

Die Fragen 9 bis 11 werden gemeinsam beantwortet.

Im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, „Deutschlands Zukunft gestalten“, heißt es im Einzelnen: „Die Koalition wird die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit von Ministerien und Bundesbehörden vorantreiben. In einer Bestandsaufnahme soll der aktuelle Forschungsstand und bestehende Forschungsbedarf auf Bundesebene zur Aufarbeitung der frühen Nachkriegsgeschichte von Ministerien und Behörden in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR ermittelt werden“ (S. 130). Die Bundesregierung fühlt sich diesen Aussagen des Koalitionsvertrages verpflichtet und arbeitet stetig und mit Nachdruck an deren Umsetzung. Grundsätzlich entscheidet dabei jedes Bundesressort in eigener Verantwortung, ob und in welchem Umfang weiterer Handlungsbedarf besteht und wie diesem begegnet wird.

Derzeit steht zudem die Beauftragung zweier Forschungsinstitute mit einer Erhebung des aktuellen Forschungsstands und des bestehenden Forschungsbedarfs in allen Bundesressorts durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien zeitnah bevor. Das Institut für Zeitgeschichte München – Berlin und das Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam werden ihre Arbeit daran noch in diesem Jahr aufnehmen. Ziel ist eine Bestandsaufnahme, auf deren Grundlage dann die einzelnen Bundesressorts – wiederum in jeweils eigener Verantwortung – über die Notwendigkeit weiterer Forschungsvorhaben entscheiden können.

Neben dieser umfassenden wissenschaftlichen Gesamtauswertung des aktuellen Stands der Aufarbeitungsbemühungen von Seiten der Bundesregierung werden in der aktuellen Legislaturperiode weiterhin Forschungsprojekte einzelner Bundesressorts und nachgeordneter Bundesbehörden zur Aufarbeitung der NS-Ver-

gangenheit durchgeführt; neu begonnen wurden dabei in dieser Legislaturperiode Ende 2014 ein Forschungsprojekt des Bundesministeriums des Innern unter dem Titel „Aufarbeitung der Nachkriegsgeschichte des BMI und des MdI bzgl. möglicher personeller und sachlicher Kontinuitäten zur NS-Zeit“ sowie 2015 ein Projekt des Bundesarchivs zur „NS-Geschichte des Reichsarchivs und des Umgangs mit ihr im Bundesarchiv und im Zentralen Staatsarchiv der DDR“. Zudem werden bereits begonnene Forschungsvorhaben fortgeführt (vgl. Antwort zu den Fragen 1 und 2).

12. Beabsichtigen die Bundesressorts und nachgeordneten oberen Bundesbehörden mitsamt den ihnen angeschlossenen Forschungsteams, der Öffentlichkeit Einblicke in ihre laufenden Arbeiten zu NS-Aufarbeitung zu gewähren?

    Wenn ja, in welcher Form soll dieses erfolgen?

    Wenn nein, warum nicht?

13. Wie ist die Einbeziehung der Öffentlichkeit in die laufenden bzw. geplanten Forschungsvorhaben organisiert bzw. vorgesehen?

    Ist sie unter demokratischen Gesichtspunkten möglicherweise geradezu zwingend?

Die Fragen 12 und 13 werden gemeinsam beantwortet.

Soweit es in den einzelnen Bundesressorts und nachgeordneten Bundesoberbehörden derzeit laufende bzw. geplante Arbeiten zur NS-Aufarbeitung gibt, werden diese in aller Regel auch in geeigneter Form für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht – wobei die Veröffentlichung vielfach in den Händen der forschenden Einrichtungen liegt (vgl. Antwort zu Frage 5). Die Einbeziehung der Öffentlichkeit erfolgt dabei insbesondere durch Publikation erster Forschungsergebnisse oder deren Präsentation auf – teilweise regelmäßig stattfindenden – Vortragsveranstaltungen oder wissenschaftlichen Tagungen. Zudem finden sich Informationen zu den einzelnen Projekten auch auf Internetseiten der mit der Forschung beauftragten Einrichtungen.

Die bisherigen Erfahrungen mit diesen Formen der Veröffentlichung haben gezeigt, dass die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit auch jenseits der Wissenschaft auf großes öffentliches Interesse stößt und die entsprechenden Publikationen bei weitem nicht nur als historisch-wissenschaftliche selbstreferentielle Werke angesehen werden. Nicht zuletzt aufgrund ihrer politischen Implikationen und der Bezüge zur Bekämpfung des Rechtsradikalismus legt die Bundesregierung in diesem Bereich daher besonderen Wert auf Transparenz und die Teilhabe der interessierten Öffentlichkeit, nach Möglichkeit bereits an laufenden Forschungsvorhaben (siehe auch die Antworten zu den Fragen 14 und 15).

14. Inwieweit sieht die Bundesregierung den vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz eingeschlagenen Weg der „public history“ als Vorbild für partizipative Öffentlichkeitsbeteiligung an?

    Welche Erfahrungen hat das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz mit diesem Verfahren gemacht?

Mit dem von der Unabhängigen Wissenschaftlichen Kommission zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit und dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz einvernehmlich eingeschlagenen Weg der public history, d. h. der Herstellung der Geschichtsöffentlichkeit, wird ein neuer Weg eingeschlagen. Die Öffentlichkeit soll – der politischen Dimension der NS-Aufarbeitung Rechnung tragend – auf dem Weg der Aufarbeitung „mitgenommen“ und zu einer kri-

tischen Begleitung angeregt werden. Eine besondere Zielgruppe sind in diesem Zusammenhang die Verfolgten des NS-Regimes und ihre Nachfahren. In diesem Rahmen sind bereits zahlreiche gemeinsame Veranstaltungen der Unabhängigen Kommission und des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz durchgeführt worden, u. a.:

- Auftaktveranstaltung (Bestandsaufnahme der bisherigen Aufarbeitung) am 26. April 2012 im Plenarsitzungssaal des Kammergerichts Berlin: „Die Rosenburg – Das Bundesjustizministerium der Justiz und sein Umgang mit der NS-Vergangenheit“
- 2. Rosenburg-Symposium am 5. Februar 2013 zur „Verantwortung der Juristen“ im historischen Schwurgerichtssaal des Landgerichts Nürnberg, in dem der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof durchgeführt wurde
- 3. Rosenburg-Symposium am 8. Mai 2013 in der Europäischen Akademie Berlin: „Die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit durch Ministerien und andere Einrichtungen des Bundes“
- sogenannte Aufarbeiterkonferenz – unter aktiver Beteiligung der Historikerkommissionen, die auf Bundesebene in den Ministerien und Bundesoberbehörden tätig gewesen sind
- Vorstellung der Ergebnisse der Auftaktveranstaltung in dem Buch „Die Rosenburg. Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Vergangenheit – eine Bestandsaufnahme“ am 10. Juni 2013 im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, wobei Ralph Giordano eine vielbeachtete Präsentationsrede gehalten hat, die in der Schrift „Der perfekte Mord – Die deutsche Justiz und die NS-Vergangenheit“ festgehalten worden ist
- Vorstellung des Rosenburg-Projekts am 8. Juli 2013 im Institut für Zeitgeschichte München
- 4. Rosenburg-Symposium am 21. Oktober 2014 im Bundesgerichtshof in Karlsruhe: „Die justizielle NS-Aufarbeitung – Täter, Opfer, Justiz“
- Vorstellung des Rosenburg-Projekts im Zusammenwirken insbesondere mit dem Leo Baeck Institut New York und dem American Jewish Committee („Rosenburg Files – A Study of the Involvement of Former Party Members in the German Justice Ministry post World War II“) am 17. November 2014 in Washington (im Deutschen Historischen Institut) und am 19. November 2014 in New York (im dortigen Leo Baeck Institut).

Darüber hinaus haben im Rahmen des Rosenburg-Projekts eine Vielzahl von Begegnungen mit Personen und Gruppierungen – neben juristischen Berufsverbänden wie dem Deutschen Richterbund und dem Deutschen Anwaltverein etwa mit dem Internationalen Auschwitz Komitee und dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, ferner mit Oberstufenschülerinnen und -schülern aus Niedersachsen und Hamburg sowie jungen Angehörigen der Volkswagen AG, die im Rahmen von Austauschprogrammen in Auschwitz tätig waren – stattgefunden. Dass dieser Weg erfolgreich beschritten worden ist, zeigen zahlreiche zustimmende Schreiben und konkrete Unterstützungsleistungen – u. a. durch den Zentralrat der Juden in Deutschland. Der Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz, Heiko Maas, ist am 25. Juli 2014 in Anerkennung seiner Verdienste um die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Belastung des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz und die Einbeziehung der Öffentlichkeit in das Rosenburg-Projekt mit dem Israel-Jacobson-Preis der Union progressiver Juden ausgezeichnet worden.

15. Wird das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz mit dem ihm angeschlossenen Forscherteam eine weitere „Aufarbeiterkonferenz“ durchführen?

    Wenn nein, warum nicht?

    Wenn ja, soll diese Veranstaltung auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden?

Die Unabhängige Wissenschaftliche Kommission zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit und das damalige Bundesministerium der Justiz haben gemeinsam am 8. Mai 2013 in der Europäischen Akademie Berlin das 3. Rosenburg-Symposium zur „Aufarbeitung der NS-Vergangenheit durch Ministerien und andere Einrichtungen des Bundes“ – sogenannte Aufarbeiterkonferenz – unter aktiver Beteiligung der Historikerkommissionen folgender Einrichtungen durchgeführt: Auswärtiges Amt, Bundesministerium der Finanzen, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Bundesnachrichtendienst, Bundeskriminalamt, Bundesamt für Verfassungsschutz, Bundesrechnungshof. Dabei wurden – neben einer Bilanz der bisherigen Arbeiten – die gemeinsamen Aufgaben und Probleme in den Blick genommen, die sich bei der Aufarbeitung in den Ministerien und Bundesoberbehörden stellen. Die Unabhängige Wissenschaftliche Kommission zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit hat sich bereit erklärt, im Frühjahr 2016 – nach der Erstellung ihres Abschlussberichts – erneut eine „Aufarbeiterkonferenz“ durchzuführen. Diese Veranstaltung soll – wie die Veranstaltung im Mai 2013 – der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

16. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die Ergebnisse und Zwischenergebnisse der einzelnen Forschungsprojekte der Bundesressorts und nachgeordneten oberen Bundesbehörden einen öffentlichen Diskurs eröffnen müssen?

    Wenn ja, in welcher Weise soll dieses bewerkstelligt werden?

Aus Sicht der Bundesregierung wäre es sehr zu begrüßen, wenn die Ergebnisse der von den einzelnen Bundesressorts und nachgeordneten Bundesoberbehörden in eigener Verantwortung in Auftrag gegebenen Forschungsvorhaben einen öffentlichen Diskurs eröffnen und befördern würden. Zu der Frage, auf welche Weise dies konkret erreicht werden kann, wird auf die Antwort zu den Fragen 12 und 13 verwiesen.

17. Sieht die Bundesregierung darüber hinaus die Notwendigkeit, die Ergebnisse der Forschungsarbeiten für die breite Öffentlichkeit nachhaltig zu sichern?

    Wenn ja, in welcher Weise soll dieses erfolgen (bitte einzeln nach den Bundesressorts und nachgeordneten oberen Bundesbehörden aufschlüsseln)?

Ja, insbesondere unter Zugrundelegung der Antworten zu den Fragen 12 bis 16 sieht die Bundesregierung diese Notwendigkeit. In aller Regel erfolgt eine solche nachhaltige Sicherung – neben der Präsentation auf Vortragsveranstaltungen oder Tagungen – durch Publikation der Forschungsarbeiten bzw. -ergebnisse und deren Bereitstellung in Bibliotheken, Universitäten oder als Download auf den einschlägigen Internetseiten. Dadurch können diese Forschungsergebnisse nicht zuletzt auch im Bereich der historisch-politischen Bildung eingesetzt werden und so gerade auch die jüngeren Generationen erreichen. Dies gilt für alle Bundesressorts gleichermaßen.

18. Welche Bedeutung misst die Bundesregierung insoweit der Präsentation durch Ausstellungen bei?

    Bestehen vergleichbare konkrete Planungen der übrigen Ressorts, wie sie das damalige Bundesministerium der Justiz in ihrer Antwort zu Frage 16 auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 16. August 2012 „Finanzierung und Umfang des Forschungsprojekts zur NS-Vergangenheit im Bundesministerium der Justiz“ (Bundestagsdrucksache 17/10495, S. 6) dargelegt hat?

Aus Sicht der Bundesregierung stellen Ausstellungen grundsätzlich ebenfalls eine angemessene Form der Präsentation von Forschungsarbeiten dar. Es obliegt jedoch einer Prüfung des zuständigen Ressorts zu gegebener Zeit, ob eine Präsentation in Form einer Ausstellung im jeweiligen Einzelfall tatsächlich geeignet und sinnvoll erscheint. Konkrete Planungen zu entsprechenden Einzelausstellungsvorhaben bestehen von Seiten der Bundesressorts derzeit nicht. Allerdings werden zum Beispiel die Forschungsergebnisse des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes und des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr zur NS-Aufarbeitung des Bundesministeriums der Verteidigung auch in die Ausstellungen der Museen und Sammlungen der Bundeswehr, insbesondere die Dauerausstellungen des Militärhistorischen Museums der Bundeswehr eingearbeitet. Der Bundesnachrichtendienst verfügt zudem seit 2010 über eine Organisationseinheit, deren Aufgabe unter anderem der Aufbau einer historischen Sammlung mit dem Ziel der möglichen Präsentation auch durch Ausstellungen ist.

19. Hat die Bundesregierung Haushaltsmittel für die Unterrichtung der Öffentlichkeit und eine nachhaltige Sicherung der Forschungsprojekte bereitgestellt?

    Welche Ressorts haben hierfür bereits Haushaltsmittel eingeworben bzw. beantragt?

Ja, die Bundesregierung hat bereits Haushaltsmittel für die Unterrichtung der Öffentlichkeit und eine nachhaltige Sicherung der Forschungsprojekte bereitgestellt. Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie sowie das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung haben hierfür Haushaltsmittel aus den laufenden Haushaltstiteln bereitgestellt oder diese eingeworben bzw. beantragt. Es wird zudem auf die Antwort zu Frage 4 verwiesen, da entsprechende Mittel oftmals bereits Bestandteil des jeweiligen Forschungsprojektes und daher in die insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel mit eingerechnet sind.

20. Plant die Bundesregierung, die Ergebnisse der Forschungsarbeiten verbindlich zur Schulung und Fortbildung der Bediensteten der Ressorts und oberen Bundesbehörden einzusetzen?

    Welche personellen und sachlichen Ressourcen stehen hierfür zur Verfügung?

Die Ergebnisse der Forschungsarbeiten finden bereits aktuell Eingang in dienstinterne Aus- und Fortbildungsmaßnahmen sowie Informationsveranstaltungen der Ressorts im Rahmen der vorhandenen personellen und sachlichen Ressourcen. Zudem werden die Bediensteten mittels der in den Antworten zu den Fragen 12 und 13 genannten Formen der Einbeziehung der Öffentlichkeit über die Ergebnisse unterrichtet. Eine darüber hinausgehende verbindliche Fortbildung

der Bediensteten ausschließlich zu diesem Thema ist derzeit nicht geplant. Es liegt im Ermessen des jeweiligen Ressorts bzw. der jeweiligen Behörde, ob und wie sie die Ergebnisse seiner bzw. ihrer Forschungsarbeiten in der Schulung und Fortbildung seiner bzw. ihrer Bediensteten einsetzt.

21. Welche Bedeutung misst die Bundesregierung diesbezüglich (vgl. Frage 20) den Ergebnissen der Forschungsprojekte in didaktischer Hinsicht zu?

    Teilt sie die von Prof. Dr. Micha Brumlik in der Anhörung von Sachverständigen des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages am 29. Februar 2012 vertretene Auffassung: „Vor allem ist es um einer Vertiefung des demokratischen Ethos der Beamten und Angestellten der betroffenen Ministerien unerlässlich, die Ergebnisse der Forschung den Mitarbeitern der jeweiligen Ministerien in Form einer obligatorischen Fort- und einer fakultativen Weiterbildung zu vermitteln.“?

Die Auseinandersetzung mit der Geschichte der NS-Ressorts und -Behörden, die die Aufgaben und Zuständigkeiten der heutigen Bundesressorts und -behörden wahrgenommen haben, sowie mit personellen und sachlichen Kontinuitäten dient auch der Sensibilisierung der Beschäftigten der Bundesregierung und in diesem Sinne deren „Vertiefung des demokratischen Ethos“. Daher wurden und werden die vorliegenden Ergebnisse entsprechender Forschungsarbeiten aufgrund ihrer didaktischen Bedeutung selbstverständlich den Beschäftigten der Bundesregierung zugänglich gemacht und im Rahmen von Aus- und Fortbildungsmaßnahmen eingesetzt (vgl. die Antwort zu Frage 20).

Auch künftig wird die Bundesregierung nach geeigneten Wegen suchen, um ihren Beschäftigten neue Forschungsergebnisse in didaktisch sinnvoller Weise zu vermitteln, sie zu einer Auseinandersetzung mit diesen anzuregen und so die Erinnerungsarbeit der Bundesregierung auch in diesem thematischen Zusammenhang zu intensivieren.

Antwort der Bundesregierung auf Kleine Anfrage, BT-Drs. 18/3909
Anlage 1 zu Frage 1 / 2 (Bundesministerium der Verteidigung (BMVg))

Publikationen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) und des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes (MGFA) zu den Themenfeldern „Militär im NS-Staat“ und „Aufbau der Bundeswehr/Umgang mit dem historischen Erbe“

(Auswahl; in alphabetischer Reihenfolge der Verfasser; Reihenwerke hervorgehoben)

Donald Abenheim, Bundeswehr und Tradition. Die Suche nach dem gültigen Erbe des deutschen Soldaten, 1989; 260 S.

Am Rande Europas? Der Balkan – Raum und Bevölkerung als Wirkungsfelder militärischer Gewalt. Im Auftr. des MGFA hrsg. von Bernhard Chiari und Gerhard P. Groß unter Mitarb. von Magnus Pahl; 2009, 436 S.

Reihenwerk „Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945 bis 1956“
Band 1:
Von der Kapitulation bis zum Pleven-Plan, von Roland G. Foerster, Christian Greiner, Georg Meyer, Hans-Jürgen Rautenberg, Norbert Wiggershaus, 1982; 940 S.
Band 2:
Die EVG-Phase, von Lutz Köllner, Klaus A. Maier, Wilhelm Meier-Dörnberg, Hans-Erich Volkmann, 1990; 914 S.
Band 3:
Die NATO-Option, von Hans Ehlert, Christian Greiner, Georg Meyer, Bruno Thoß, 1993; 1220 S.
Band 4:
Wirtschaft und Rüstung. Souveränität und Sicherheit, von Werner Abelshauser, Walter Schwengler, 1997; 602 S.

Klaus Jochen Arnold, Die Eroberung und Behandlung der Stadt Kiew durch die Wehrmacht im September 1941: Zur Radikalisierung der Besatzungspolitik, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen (MGM) 58, 1999, S. 23 ff.

Aspekte der deutschen Wiederbewaffnung bis 1955. Mit Beitr. von Hans Buchheim, Kurt Fett, Peter Gosztony, Hans-Adolf Jacobsen, Paul Noack, Hans Tänzler, Gerhard Wettig, 1975; 228 S.

Aufstand des Gewissens. Militärischer Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime 1933 bis 1945. Aufsatz-Begleitband zur Wanderausstellung des MGFA, bisher 5 Aufl. (1984/1985/1987/1994/2000).

Wolf Graf von Baudissin 1907 bis 1993. Modernisierer zwischen totalitärer Herrschaft und freiheitlicher Ordnung. Im Auftr. des MGFA hrsg. von Rudolf J. Schlaffer und Wolfgang Schmidt, 2007; 264 S.

Rüdiger Bergien, Die bellizistische Republik. Wehrkonsens und »Wehrhaftmachung« in Deutschland 1918-1933. Oldenbourg Verlag 2012, 450 S. (=Ordnungssysteme - Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit, 35).

Heinz Boberach, Die Überführung von Soldaten des Heeres und der Luftwaffe in die SS-Totenkopfverbände zur Bewachung von Konzentrationslagern 1944 [Dokumentation], in: Militärgeschichtliche Mitteilungen (MGM) 34, 1983, S. 185 ff.

Robert Bohn, Reichskommissariat Norwegen. »Nationalsozialistische Neuordnung« und Kriegswirtschaft, 2000; 508 S.

Heinz-Ludger Borgert, Walter Stürm, Norbert Wiggershaus, Dienstgruppen und westdeutscher Verteidigungsbeitrag. Vorüberlegungen zur Bewaffnung der Bundesrepublik Deutschland, 1982; 230 S.

Alexander Brakel, Unter Rotem Stern und Hakenkreuz: Baranowicze 1939 bis 1944. Das westliche Weißrussland unter sowjetischer und deutscher Besatzung, 2009; 426 S.

Jörn Brinkhus, Luftschutz und Versorgungspolitik. Regionen und Gemeinden im NS-Staat 1942 bis 1944/45. Verlag für Regionalgeschichte 2010, 352 S.

Christopher R. Browning, Wehrmacht Reprisal Policy and the Mass Murder of Jews in Serbia, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen (MGM) 33, 1983; S. 31 ff.

Reihenwerk „Der Bundestagsausschuss für Verteidigung und seine Vorläufer“

Band 1:
Der Bundestagsausschuss für Verteidigung. Der Ausschuss zur Mitberatung des EVG-Vertrages. Juli bis Dezember 1952. Im Auftr. des MGFA hrsg. und bearb. von Hans-Erich Volkmann unter Mitarb. von Rüdiger Bergien, Kai Uwe Bormann, Cynthia Flohr, Kai Lehmann und Martin Meier, 2006; 1046 S.
Band 2:
Der Bundestagsausschuss für Verteidigung. Der Ausschuss für Fragen der europäischen Sicherheit. Januar 1953 bis Juli 1954. Im Auftr. des MGFA hrsg. und bearb. von Bruno Thoß unter Mitarb. von Cynthia Flohr, Dorothee Hochstetter, Martin Meier, Daniela Morgenstern, Janine Rischke, Denis Strohmeier und Carmen Winkel, 2010; 1294 S.
Band 3:
Der Bundestagsausschuss für Verteidigung. Der Ausschuss für Fragen der europäischen Sicherheit. September 1954 bis Juli 1955. Im Auftrag des ZMSBw hrsg. von Burkhard Köster

unter Mitarb. von Dorothee Hochstetter, Daniela Morgenstern, Janine Rischke, Denis Strohmeier und Carmen Winkel, Droste Verlag 2014, X, 1231 S.

Die Bundeswehr 1955 bis 2005. Rückblenden – Einsichten – Perspektiven. Im Auftr. des MGFA hrsg. von Frank Nägler, 2007; 524 S.

Wilhelm Deist, Militär, Staat und Gesellschaft. Studien zur preußisch-deutschen Militärgeschichte, 1991; 432 S.

Regina M. Delacor, Weltanschauungskrieg im Westen. Zur Rolle der Wehrmacht bei Geiselexekutionen im besetzten Frankreich 1941/42, in: Militärgeschichtliche Zeitschrift (MGZ) 62, 2003; S. 71 ff.

Reihenwerk „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg“

Band 1:

Wilhelm Deist, Manfred Messerschmidt, Hans-Erich Volkmann, Wolfram Wette, Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik, 1979, Nachdruck 1991; 764 S.

Band 2:

Klaus A. Maier, Horst Rohde, Bernd Stegemann, Hans Umbreit, Die Errichtung der Hegemonie auf dem europäischen Kontinent, 1979, Nachdruck 1991; 438 S.

Band 3:

Gerhard Schreiber, Bernd Stegemann, Detlef Vogel, Der Mittelmeerraum und Südosteuropa. Von der »non belligeranza« Italiens bis zum Kriegseintritt der Vereinigten Staaten. 1984, Nachdruck 1994; 733 S.

Band 4:

Horst Boog, Jürgen Förster, Joachim Hoffmann, Ernst Klink, Rolf-Dieter Müller, Gerd R. Ueberschär, Der Angriff auf die Sowjetunion. 2. Aufl. 1987, Nachdruck 1993; 1172 S.

Band 5/1:

Bernhard R. Kroener, Rolf-Dieter Müller, Hans Umbreit, Organisation und Mobilisierung des deutschen Machtbereichs. Teilband 1: Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1939 bis 1941. München, 1988, Nachdruck 1992; 1061 S.

Band 5/2:

Bernhard R. Kroener, Rolf-Dieter Müller, Hans Umbreit, Organisation und Mobilisierung des deutschen Machtbereichs. Teilband 2: Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1942 bis 1944/45. München, 1999; 1082 S.

Band 6:

Horst Boog, Werner Rahn, Reinhard Stumpf, Bernd Wegner, Der globale Krieg. Die Ausweitung zum Weltkrieg und der Wechsel der Initiative 1941 bis 1943. München, 1990, Nachdruck 1993; 1184 S.

Band 7:

Horst Boog, Gerhard Krebs, Detlef Vogel, Das Deutsche Reich in der Defensive. Strategischer Luftkrieg in Europa, Krieg im Westen und in Ostasien 1943 bis 1944/45. München, 2001; 831 S.

Band 8:

K.-H. Frieser u.a., Die Ostfront 1943/44. Der Krieg im Osten und an den Nebenfronten. München 2007; 1319 S.

Band 9/1:

Jörg Echternkamp u.a., Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939 bis 1945. Erster Halbband: Politisierung, Vernichtung, Überleben. München, 2004; 993 S.

Band 9/2:

Jörg Echternkamp u.a., Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939 bis 1945. Zweiter Halbband: Ausbeutung, Deutungen, Ausgrenzung. München, 2005; 1110 S.

Band 10/1:

Rolf-Dieter Müller u.a., Der Zusammenbruch des Deutschen Reiches 1945 und die Folgen des Zweiten Weltkrieges. Erster Halbband: Die militärische Niederwerfung der Wehrmacht. München 2008; 947 S.

Band 10/2:

Rolf-Dieter Müller u.a., Der Zusammenbruch des Deutschen Reiches 1945 und die Folgen des Zweiten Weltkrieges. Zweiter Halbband: Die Auflösung der Wehrmacht und die Auswirkungen des Krieges. München, 2008; 734 S.

Torsten Diedrich, Paulus - Das Trauma von Stalingrad. Eine Biographie. Verlag Ferdinand Schöningh 2011, 580 S.

Jörg Echternkamp, Soldaten im Nachkrieg. Historische Deutungskonflikte und westdeutsche Demokratisierung 1945-1955. Oldenbourg Verlag 2014, 540 S. (=Beiträge zur Militärgeschichte, 76).

Ehre und Pflichterfüllung als Codes militärischer Tugenden. Hrsg. von Ulrike Ludwig, Markus Pöhlmann und John Zimmermann, Verlag Ferdinand Schöningh 2014, 292 S. (=Krieg in der Geschichte, 69).

Das Eiserne Kreuz. Die Geschichte eines Symbols im Wandel der Zeit. Hrsg. von Winfried Heinemann, BoD 2014, 65 S. (=Potsdamer Schriften zur Militärgeschichte, 24).

Die Ermittler von Ludwigsburg. Deutschland und die Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen. Im Auftr. des Fördervereins Zentrale Stelle e.V. hrsg. von Hans H. Pöschko, 2008; 192 S. (Mit Unterstützung des MGFA).

Karl Feldmeyer und Georg Meyer, Johann Adolf Graf von Kielmansegg 1906-2006. Deutscher Patriot – Europäer – Atlantiker. Mit einer Bild- und Dokumentenauswahl von Helmut R. Hammerich. Hrsg. vom MGFA, 2007; 246 S.

Jürgen Förster, Die Wehrmacht im NS-Staat. Eine strukturgeschichtliche Analyse, 2., durchges. Aufl. 2009; 221 S.

Die Garnisonkirche Potsdam. Zwischen Mythos und Erinnerung. Hrsg. von Michael Epkenhans und Carmen Winkel, Rombach Verlag 2013, 168 S.

Gedenkstätten des NS-Unrechts und Bundeswehr. Bestandsaufnahme und Perspektiven. Hrsg. von Oliver von Wrochem und Peter Koch, 2010; 253 S.

Gero von Gersdorff, Adenauers Außenpolitik gegenüber den Siegermächten 1954. Westdeutsche Bewaffnung und internationale Politik, 1994; 404 S.

Geschichte und Militärgeschichte. Wege der Forschung. Hrsg. von Ursula v. Gersdorff mit Unterstützung des MGFA, 1974; 381 S.

Christian Greiner, Die Dienststelle Blank. Regierungspraxis bei der Vorbereitung des deutschen Verteidigungsbeitrags von 1950-1955, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen (MGM) 17, 1975, S. 99 ff.

Gerhard P. Groß, Mythos und Wirklichkeit. Geschichte des operativen Denkens im deutschen Heer von Moltke d.Ä. bis Heusinger. Verlag Ferdinand Schöningh 2012, VIII, 361 S. (=Zeitalter der Weltkriege, 9).

Helmut R. Hammerich, Dieter H. Kollmer, Martin Rink und Rudolf J. Schlaffer, Das Heer 1950 bis 1970. Konzeption, Organisation, Aufstellung. Unter Mitarb. von Michael Poppe, 2006; 822 S.

Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648 bis 1939. Begründet von Hans Meier-Welcker. Projektleitung und Gesamtredaktion: Gerhard Papke und Wolfgang Petter. 5 Bde und ein Registerbd. Hrsg. vom MGFA durch Friedrich Forstmeier, Wolfgang v. Groote, Othmar Hackl, Hans Meier-Welcker und Manfred Messerschmidt, 1979 bis 1981.

Hans-Joachim Harder, Norbert Wiggershaus, Tradition und Reform in den Aufbaujahren der Bundeswehr, 1985; 176 S.

Dieter Hartwig, Großadmiral Karl Dönitz. Legende und Wirklichkeit. Hrsg. mit Unterstützung des Deutschen Marine Instituts, Bonn, und des MGFA, Potsdam, 2010; 435 S.

Ulrich Herrmann, Rolf-Dieter Müller, Junge Soldaten im Zweiten Weltkrieg. Kriegserfahrungen als Lebenserfahrungen. Juventa Verlag 2010, 446 S.

Joachim Hoffmann, Kaukasien 1942/43. Das deutsche Heer und die Orientvölker der Sowjetunion, 1991; 534 S.

Wilm Hosenfeld, »Ich versuche jeden zu retten«. Das Leben eines deutschen Offiziers in Briefen und Tagebüchern. Im Auftr. des MGFA hrsg. von Thomas Vogel, 2004; 1194 S.

Martin Humburg, Feldpostbriefe aus dem Zweiten Weltkrieg — zur möglichen Bedeutung im aktuellen Meinungsstreit unter besonderer Berücksichtigung des Themas »Antisemitismus«, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen (MGM) 58, 1999, S. 321 ff.

Imperialkriege von 1500 bis heute. Strukturen - Akteure - Lernprozesse. Hrsg. von Tanja Bührer, Christian Stachelbeck und Dierk Walter, Verlag Ferdinand Schöningh 2011, X, 524 S.

50 Jahre Militärgeschichtliches Forschungsamt. Eine Chronik. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt. Bearb. von Martin Rink, 2007; 230 S.

Deutsche Jüdische Soldaten 1914 bis 1945. Im Auftr. des Bundesministeriums der Verteidigung hrsg. vom MGFA, 3. Aufl. 1987; 268 S.

Marenglen Kasmi, Die deutsche Besatzung in Albanien 1943 bis 1944. Selbstverlag MGFA 2013, 64 S. (=Potsdamer Schriften zur Militärgeschichte, 20).

Rolf Keller; Reinhard Otto, Das Massensterben der sowjetischen Kriegsgefangenen und die Wehrmachtbürokratie. Unterlagen zur Registrierung der sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945 in deutschen und russischen Institutionen [Bericht aus der Forschung], in: Militärgeschichtliche Mitteilungen (MGM) 57, 1998, S. 149 ff.

Alexander Kranz, Reichsstatthalter Arthur Greiser und die »Zivilverwaltung« im Wartheland 1939/40. Die Bevölkerungspolitik in der ersten Phase der deutschen Besatzungsherrschaft in Polen, 2009; 76 S.

Kriegsenden, Nachkriegsordnungen, Folgekonflikte. Wege aus dem Krieg im 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. von Jörg Echternkamp, Rombach Verlag 2012, VII, 198 S.

Dieter Krüger, Das Amt Blank. Die schwierige Gründung des Bundesministeriums für Verteidigung, 1993; 257 S.

Dieter Krüger, Dorothe Ganser, Quellen zur Planung des Verteidigungsbeitrages der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1955 in westdeutschen Archiven [Archivbericht], in: Militärgeschichtliche Mitteilungen (MGM) 49, 1991, S. 121 ff.

Rudibert Kunz, Rolf-Dieter Müller, Giftgas gegen Abd el Krim. Deutschland, Spanien und der Gaskrieg in Spanisch-Marokko 1922 bis 1927, 1990; 239 S.

Andreas Kunz, Wehrmacht und Niederlage. Die bewaffnete Macht in der Endphase der nationalsozialistischen Herrschaft 1944 bis 1945, 2. Aufl. 2007; 390 S.

Kriegsende 1945 in Deutschland. Im Auftr. des MGFA hrsg. von Jörg Hillmann und John Zimmermann, 2002;, 335 S.

Kriegswirtschaft und Rüstung 1939 bis 1945. Für das MGFA hrsg. von Friedrich Forstmeier und Hans-Erich Volkmann, 1977; 420 S.

Bernd Lemke, Luftschutz in Großbritannien und Deutschland 1923 bis 1939. Zivile Kriegsvorbereitungen als Ausdruck der staats- und gesellschaftspolitischen Grundlagen von Demokratie und Diktatur, 2005; 524 S.

Bernd Lemke, Dieter Krüger, Heinz Rebhan, Wolfgang Schmidt, Die Luftwaffe 1950 bis 1970. Konzeption, Aufbau, Integration. Mit Beitr. von Hillrich von der Felsen, Peter Klatte, Axel B. Kleppien, Siegfried Pacholke, Klaus-Peter Scheibe und Winfried Schwenke, 2006; 869 S.

Lernen aus dem Krieg? Deutsche Nachkriegszeiten 1918 und 1945. Beitrag zur hist. Friedensforschung. Hrsg. vom Arbeitskreis Hist. Friedensforschung mit Unterst. des MGFA und der Arbeitsst. Friedensforschung. Hrsg. von Gottfried Niedhart und Dieter Riesenberger, 1992; 448 S.

Joachim Ludewig, Der deutsche Rückzug aus Frankreich 1944, 2. Aufl. 1994; 368 S.

Luftkriegführung im Zweiten Weltkrieg – ein internationaler Vergleich. Im Auftr. des MGFA hrsg. von Horst Boog, 1993; 876 S.

Walter Manoschek, »Serbien ist judenfrei«. Militärische Besatzungspolitik und Judenvernichtung in Serbien 1941/42, 1993 (Studienausg. 1995); 210 S.

Klaus A. Maier, Guernica 26.4.1937. Die deutsche Intervention in Spanien und der »Fall Guernica«, 2 Aufl. 1977; 164 S.

Georg Meyer, Adolf Heusinger. Dienst eines deutschen Soldaten 1915 bis 1964. Hrsg. mit Unterstützung der Clausewitz-Gesellschaft und des MGFA, 2001; 972 S.

Georg Meyer, Vom Kriegsgefangenen zum Generalinspekteur. Adolf Heusinger 1945 bis 1961, 1997; 374 S.

Deutsche Marinen im Wandel. Vom Symbol nationaler Einheit zum Instrument internationaler Sicherheit. Im Auftr. des MGFA hrsg. von Werner Rahn, 2005; 738 S.

Manfred Messerschmidt, Die Wehrmachtjustiz 1933 bis 1945. Hrsg. vom MGFA, 2., durchges. Aufl. 2008; 512 S.

Manfred Messerschmidt, Militarismus – Vernichtungskrieg – Geschichtspolitik. Zur deutschen Militär- und Rechtsgeschichte. Im Auftr. des MGFA hrsg. von Hans Ehlert, Arnim Lang und Bernd Wegner, 2006; 408 S.

Militär in Deutschland und Frankreich 1870-2010. Vergleich, Verflechtung und Wahrnehmung zwischen Konflikt und Kooperation. Hrsg. von Jörg Echternkamp und Stefan Martens, Verlag Ferdinand Schöningh 2012, VI, 201 S.

Militärische Aufbaugenerationen der Bundeswehr 1955 bis 1970. Ausgewählte Biografien. Im Auftr. des MGFA hrsg. von Helmut R. Hammerich und Rudolf J. Schlaffer, 2010; 469 S.

Der militärische Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime 1933 bis 1945. Mit Beitr. von Alexander Fischer, Othmar Hackl, Peter Hoffmann, Johann Adolf Graf v. Kielmansegg, Helmut Krausnick, Georg Meyer, Peter Sauerbruch, Gerd R. Ueberschär, Norbert Wiggershaus, 1984; 252 S.

Militärgeschichtliches Handbuch Brandenburg-Berlin. Im Auftr. des MGFA hrsg. von Kurt Arlt, Michael Thomae und Bruno Thoß, 2010, 703 S.

Klaus-Jürgen Müller, Ludwig Beck. Probleme seiner Biographie [Bericht aus der Forschung], in: Militärgeschichtliche Mitteilungen (MGM) 11, 1972, S. 167 ff.

Rolf-Dieter Müller, Hitlers Ostkrieg und die deutsche Siedlungspolitik. Die Zusammenarbeit von Wehrmacht, Wirtschaft und SS, 1991; 238 S.

Rolf-Dieter Müller, Hitlers Wehrmacht 1935-1945. Oldenbourg Verlag 2012, 224 S. (=Beiträge zur Militärgeschichte. Militärgeschichte kompakt, 4).

Frank Nägler, Der gewollte Soldat und sein Wandel. Personelle Rüstung und Innere Führung in den Aufbaujahren der Bundeswehr 1956 bis 1964/65, 2010; 534 S.

Thomas Nipperdey, Wozu Geschichte gut ist, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen (MGM) 41, 1987, S. 7 ff.

Das Nordatlantische Bündnis 1949 bis 1956. Im Auftr. des MGFA hrsg. von Norbert Wiggershaus und Klaus A. Maier, 1993; 324 S.

Rüdiger Overmans, 55 Millionen Opfer des Zweiten Weltkrieges? Zum Stand der Forschung nach mehr als 40 Jahren, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen (MGM) 48, 1990, S. 103 ff.

Rüdiger Overmans, Deutsche militärische Verluste im Zweiten Weltkrieg, 3. Aufl. 2004; XIV, 367 S.

Magnus Pahl, Fremde Heere Ost. Hitlers militärische Feindaufklärung. Ch. Links Verlag 2012, 464 S.

Douglas C. Peifer, Drei Deutsche Marinen. Auflösung, Übergänge und Neuanfänge. Aus dem amerikan. Englisch übers. von Eva Besteck, 2007; 245 S.

Perspektiven der Militärgeschichte. Raum, Gewalt und Repräsentation in historischer Forschung und Bildung. Im Auftr. des MGFA hrsg. von Jörg Echternkamp, Wolfgang Schmidt und Thomas Vogel, 2010; 404 S.

Markus Pöhlmann, Der Panzer und die Mechanisierung des Krieges in Deutschland 1890-1945 (in Arbeit; Fertigstellung 2015).

Die Politik der Nation. Deutscher Nationalismus in Krieg und Krisen 1760-1960. Im Auftr. des MGFA hrsg. von Jörg Echternkamp und Sven Oliver Müller, 2002; 294 S.

Politischer Wandel, organisierte Gewalt und nationale Sicherheit. Beiträge zur neueren Geschichte Deutschlands und Frankreichs. Im Auftr. des MGFA hrsg. von Ernst Willi Hansen, Gerhard Schreiber und Bernd Wegner, 1995; 565 S.

Die polnische Heimatarmee. Geschichte und Mythos der Armia Krajowa seit dem Zweiten Weltkrieg. Im Auftr. des MGFA hrsg. von Bernhard Chiari unter Mitarb. von Jerzy Kochanowski, 2003; 948 S.

Rache und Triumph. Krieg, Gefühle und Gedenken in der Moderne. Hrsg. von Loretana de Libero, Oldenbourg Verlag 2014, (=Beiträge zur Militärgeschichte, 73).

Hans-Jürgen Rautenberg; Norbert Wiggershaus, Die »Himmeroder Denkschrift« vom Oktober 1950. Politische und militärische Überlegungen für einen Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zur westeuropäischen Verteidigung [Dokumentation], in: Militärgeschichtliche Mitteilungen (MGM) 21, 1977, S. 135 ff.

Reform – Reorganisation – Transformation. Zum Wandel in deutschen Streitkräften von den preußischen Heeresreformen bis zur Transformation der Bundeswehr. Im Auftr. des MGFA hrsg. von Karl-Heinz Lutz, Martin Rink und Marcus von Salisch; 2010, 568 S.

Ines Reich, Potsdam und der 20. Juli 1944. Auf den Spuren des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, Begleitschrift zur Ausstellung des MGFA und des Potsdam-Museums, 1994; 104 S.

Florian Reichenberger, "Der gedachte Krieg - Vom Wandel der Kriegsbilder in der militärischen Führung der Bundeswehr im Zeitalter des Ost-West-Konflikts" (AT; in Arbeit; Fertigstellung voraussichtlich 2015).

Das »Reichskommissariat Ostland«. Tatort und Erinnerungsobjekt. Verlag Ferdinand Schöningh 2012, 373 S. (=Zeitalter der Weltkriege, 8).

Thomas Reuther, Widerstand und Wehrmacht. Rombach Verlag 2013, VIII, 248 S., DVD.

Matthias Rogg, Kompass Militärgeschichte. Ein historischer Überblick für Einsteiger. Rombach Verlag 2013, X, 384 S.

Das Rußlandbild im Dritten Reich. Hrsg. von Hans-Erich Volkmann, 2. Aufl. 1994; 466 S.

Johannes Berthold Sander-Nagashima, Die Bundesmarine 1950 bis 1972. Konzeption und Aufbau. Mit Beitr. von Rudolf Arendt, Sigurd Hess, Hans-Joachim Mann und Klaus-Jürgen Steindorff, 2006; 603 S.

Sanitätswesen im Zweiten Weltkrieg. Hrsg. von Ekkehart Guth, 1989; 232 S.

Rudolf J. Schlaffer, Der Wehrbeauftragte 1951 bis 1985. Aus Sorge um den Soldaten, 2006; 380 S.

Rudolf J. Schlaffer, Organisation des Krieges: Die deutschen Spitzengliederungen von 1870/71 bis 2014 (AT; in Arbeit; Fertigstellung voraussichtlich 2016).

Rudolf J. Schlaffer, Die Bundeswehr: Sicherheitspolitik und Streitkräfte in der Demokratie. Analysen, Bilder und Übersichten von 1955-2015 (AT; in Arbeit; Fertigstellung voraussichtlich 2015).

Wolfgang Schmidt, Integration und Wandel. Die Infrastruktur der Streitkräfte als Faktor sozioökonomischer Modernisierung in der Bundesrepublik 1955 bis 1975, 2006; 515 S.

Gerhard Schreiber, Die italienischen Militärinternierten im deutschen Machtbereich 1943 bis 1945. Verraten – verachtet – vergessen, 1990; 642 S.

Marco Sigg, Der Unterführer als Feldherr im Taschenformat. Theorie und Praxis der Auftragstaktik im deutschen Heer 1869 bis 1945. Verlag Ferdinand Schöningh 2014, X, 504 S. (=Zeitalter der Weltkriege, 12).

Siegfried Sorge, Vom Kaiserreich zur Bundesrepublik. Aus den Schriften eines engagierten Offiziers und Staatsbürgers. Im Auftr. des MGFA hrsg. von Werner Rahn, 1993; 144 S.

Marlis G. Steinert, Die alliierte Entscheidung zur Verhaftung der Regierung Dönitz, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen (MGM) 40, 1986, S. 85 ff.

Bruno Thoß, NATO-Strategie und nationale Verteidigungsplanung. Planung und Aufbau der Bundeswehr unter den Bedingungen einer massiven atomaren Vergeltungsstrategie 1952 bis 1960, 2006; 774 S.

Tradition und Traditionsverständnis in der Deutschen Luftwaffe. Geschichte - Gegenwart - Perspektiven. Hrsg. von Heiner Möllers, Selbstverlag MGFA 2011, 64 S. (=Potsdamer Schriften zur Militärgeschichte, 16).

Ulbrichts Soldaten. Die Nationale Volksarmee 1956 bis 1971. Hrsg. von Rüdiger Wenzke, Ch. Links Verlag 2013, 816 S. (=Militärgeschichte der DDR, 22).

Hans Umbreit, Deutsche Militärverwaltungen 1938/39. Die militärische Besetzung der Tschechoslowakei und Polens, 1977; 296 S.

Hans Umbreit, Der Militärbefehlshaber in Frankreich 1940 bis 1944, 1968; 306 S.

»Unternehmen Barbarossa«. Zum historischen Ort der deutsch-sowjetischen Beziehungen von 1933 bis Herbst 1941. Im Auftr. des MGFA hrsg. von Roland G. Foerster, 1993; 188 S.

Verteidigung im Bündnis. Planung, Aufbau und Bewährung der Bundeswehr 1950 bis 1972, 1975; 502 S.

Hans-Erich Volkmann, Ökonomie und Expansion. Grundzüge der NS-Wirtschaftspolitik. Ausgewählte Schriften. Im Auftr. des MGFA hrsg. von Bernhard Chiari, 2003; 446 S.

Hans-Erich Volkmann, Luxemburg im Zeichen des Hakenkreuzes. Eine politische Wirtschaftsgeschichte 1933 bis 1944. Hrsg. vom MGFA, Potsdam, in Zusammenarbeit mit dem Centre de Documentation et de Recherche sur la Résistance, Luxemburg, 2010; 582 S.

Hans-Erich Volkmann, »Vergessen prägt unser Dasein«. Rede zur Eröffnung der Ausstellung »Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944« [Nachrichten aus der Forschung], in: MGZ 60, 2001, S. 501 ff.

Vom Kalten Krieg zur deutschen Einheit. Analysen und Zeitzeugenberichte zur deutschen Militärgeschichte 1945 bis 1995. Im Auftr. des MGFA hrsg. von Bruno Thoß unter Mitarb. von Wolfgang Schmidt, 1995; 743 S.

Heinrich Walle, Die Tragödie des Oberleutnants zur See Oskar Kusch. Hrsg. im Auftr. der Ranke-Gesellschaft, 1995; 510 S.

Warschauer Aufstand 1944. Ereignis und Wahrnehmung in Polen und Deutschland. Hrsg. von Hans-Jürgen Bömelburg, Eugeniusz Cezary Król und Michael Thomae, Verlag Ferdinand Schöningh 2011, 295 S.

Die Wehrmacht. Mythos und Realität. Im Auftr. des MGFA hrsg. von Rolf-Dieter Müller und Hans-Erich Volkmann, 1999; 1318 S.

Die Wehrpflicht. Entstehung, Erscheinungsformen und politisch-militärische Wirkung. Im Auftr. des MGFA hrsg. von Roland G. Foerster, 1994; 262 S.

Jens Westemeier, Himmlers Krieger. Joachim Peiper und die Waffen-SS in Krieg und Nachkriegszeit. Verlag Ferdinand Schöningh 2014, 882 S. (=Krieg in der Geschichte, 71).

Norbert Wiggershaus, Die amtliche Militärgeschichtsforschung in der Dienststelle Blank und im Bundesministerium für Verteidigung 1952 bis 1956. Vorstellungen und Planungen, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen (MGM) 20, 1976, S. 115ff.

Marlen von Xylander, Die deutsche Besatzungsherrschaft auf Kreta 1941 bis 1945, 3. Aufl. 1995; 153 S.

Otto-Eberhard Zander, Bundeswehr und Nationale Volksarmee. Traditionen zweier deutscher Streitkräfte, 2007; 261 S.

John Zimmermann, Pflicht zum Untergang. Die deutsche Kriegführung im Westen des Reiches 1944/45, 2009; 526 S.

John Zimmermann, Ulrich de Maizière. General der Bonner Republik 1912 bis 2006. Oldenbourg Verlag 2012, 534 S.

Die Zukunft des Reiches: Gegner, Verbündete und Neutrale (1943 bis 1945). Im Auftr. des MGFA hrsg. von Manfred Messerschmidt und Ekkehart Guth, 1990; 223 S.

Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz. Im Auftr. des MGFA hrsg. von Wolfgang Michalka, 1997; 873 S.

Relevante Beiträge in der Zeitschrift „Militärgeschichte. Zeitschrift für historische Bildung“

Hans-Hubertus Mack, Vorbilder? Die Diskussion um die Namensgebung für Bundeswehr-Kasernen, In: Militärgeschichte. Zeitschrift für historische Bildung, 2014, H. 4, S. 18-21.

Peter Steinkamp, Alkohol- und Drogenmissbrauch in der deutschen Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg, In: Militärgeschichte. Zeitschrift für historische Bildung, 2014, H. 2, S. 14-17.

Christian Hartmann, Helden, Opfer, Täter? Eine Annäherung an die Soldaten der deutschen 6. Armee, In: Militärgeschichte. Zeitschrift für historische Bildung, 2014, H. 1, S. 4-9.

Ariane Aust, Martin Rink, Die Potsdamer Garnisonkirche. Hof- und Garnisonkirche – nationaler Weiheort – Erinnerungsort, In: Militärgeschichte. Zeitschrift für historische Bildung, 2014, H. 1, S. 14-17.

Erwin A. Schmidl, Der deutsche Einmarsch in Österreich, In: Militärgeschichte. Zeitschrift für historische Bildung, 2013, H. 4, S. 4-9.

Magnus Pahl, Panzertruppen der Legion Condor im Spanischen Bürgerkrieg, In: Militärgeschichte. Zeitschrift für historische Bildung, 2012, H. 1, S. 8-11.

Matthias Rawert, Die deutsche Kriegserklärung an die USA 1941, In: Militärgeschichte. Zeitschrift für historische Bildung, 2011, H. 3, S. 18-21.

Hans-Erich Volkmann, Luxemburg unter deutscher Besatzung. In: Militärgeschichte. Zeitschrift für historische Bildung, 2010, H. 2, S. 8-11.

Stefan Martens, Die „seltsame Niederlage“ im Sommer 1940. Frankreichs Trauma bis heute?. In: Militärgeschichte. Zeitschrift für historische Bildung, 2010, H.2, S. 12-17.

Markus Vogt, »Der »Lebensborn e.V.« in Deutschland und Norwegen. In: Militärgeschichte. Zeitschrift für historische Bildung, 2010, H.1, S. 16-21.

Jens Wegener, Die Karriere des Reinhard Gehlen. In: Militärgeschichte. Zeitschrift für historische Bildung, 2009, H. 2, S. 10-13.

Tomasz Kopański, Der Zweite Weltkrieg im Gedächtnis der Polen. In: Militärgeschichte. Zeitschrift für historische Bildung, 2009, H. 2, S. 12-17.

Peter Lieb, Deutsche Herrschaft in der Ukraine 1918/19: Wegweiser zum Vernichtungskrieg. In: Militärgeschichte. Zeitschrift für historische Bildung: 2008, H. 4, S. 10-13.

Franz-Josef Hutter, 60 Jahre Völkermordkonvention. In: Militärgeschichte. Zeitschrift für historische Bildung: 2008, H. 3, S. 18-21.

Hans-Hubertus Mack, Historische Bildung in der Bundeswehr. In: Militärgeschichte. Zeitschrift für historische Bildung, 2007, H. 2, S. 4-7.

Martin Rink, Auf dem Weg zu einer wissenschaftlichen Militärgeschichte. In: Militärgeschichte. Zeitschrift für historische Bildung, 2007, H. 2, S. 8-11.

Harald Potempa, Bundeswehr und Tradition 25 Jahre »Richtlinien zum Traditionsverständnis und zur Traditionspflege, In: Militärgeschichte. Zeitschrift für historische Bildung, 2007, H. 2, S. 12-17.

Klaus A. Maier, Die Zerstörung Guernikas am 26. April 1937. In: Militärgeschichte. Zeitschrift für historische Bildung, 2007, H. 1, S. 18-23.

Dieter Krüger, 50 Jahre Bundeswehr. Das Amt Blank und die Planung der Bundeswehr 1950-1955. In: Militärgeschichte. Zeitschrift für historische Bildung, 2005, H. 1+2, S. 10-15.

Richard Göbelt, »... Hoffnung auf eine bessere Zukunft« – das Ende des »Dritten Reichs«. In: Militärgeschichte. Zeitschrift für historische Bildung, 2004, H 4, S. 18-21.

Thomas Reuther, Soldaten für den Staatsstreich. Die Heeresgruppe Mitte und der 20. Juli 1944. In: Militärgeschichte. Zeitschrift für historische Bildung, 2004, H 2, S. 4-7

Eberhard Birk, Caesar von Hofacker und der Militärische Widerstand. In: Militärgeschichte. Zeitschrift für historische Bildung, 2004, H. 2, S. 8-11.

Verena Krüger, Zwangsarbeit im Deutschen Reich während des Zweiten Weltkrieges. In: Militärgeschichte. Zeitschrift für historische Bildung, 2003, H. 4, S. 10-15.

Dietmar Schulze, Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942, In: Militärgeschichte. Zeitschrift für historische Bildung, 2002, H. 3, S. 18-21.

Eike Stegen, Portrait eines Schreibtischtäters: Adolf Eichmann. In: Militärgeschichte. Zeitschrift für historische Bildung, 2002, H. 3, S. 22-23.

Hans Erich Volkmann, Verbrechen der Wehrmacht. »Vergessen prägt unser Dasein«. In: Militärgeschichte. Zeitschrift für historische Bildung, 2002, H. 2, S. 4-11.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333